

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Savlickova nám. 32. Bohoschani 57544. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat, Prag II., Savlickova nám. 32. Bohoschani 57544. Inserate werden laut Tarif billigt berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlass.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post
monatlich . . . Kz 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzjährig . . . 192.—
Kündigung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourenkarten.
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Bloch, der Kirchenlehrer.

Der Minister und Monsignore Schramel weilt noch immer in Rom. Er hat dort, wie bekannt, die Differenzen zu schlichten, die zwischen den tschechoslowakischen Klerikalen und dem Papst wegen der Frage der Teilnahme der Priester an der Politik entstanden sind. Indessen läßt Herr Schramel das Gesundheitsministerium, dessen Leitung ihm anvertraut ist, verwaist zurück. Die Gesundheit kann warten, bis es Herrn Schramel gelungen ist, den Papst herumzukriegen. Wichtiger als die Sorge für das öffentliche Gesundheitswesen erscheint dem Herr Minister die Veruhigung der aus dem Häuschen geratenen katholischen Kleriker, da sie der Vatikan von der Pflege der Politik auf die Pflege des religiösen Dogmas, vom Parlaments- und Versammlungssaal in die Kirche, als der alleinigen wahren Stätte ihres Wirkens verwies. Die Geistlichen von der Führung der Kerzlerbataillone entfernen, hieß es, der Klerikalen Partei den Kopf abhauen. Und um ihrer Mission, die Dummheit zu verbreiten, gerecht zu werden, braucht sie der klugen Köpfe viele, wozu die mit allen Salben geschmierten der Jünger Lohoslos gerade recht sind. Die Zuminung des Papstes an die Geistlichkeit, sich mehr um das ewige Heil und weniger um die zeitlichen Dinge zu sorgen, hat denn auch zu einer großen Aufregung unter den Kuttenträgern geführt, weshalb eben Herr Monsignore Schramel nach Rom fuhr, um dem Unsehlbaren gründlich den Standpunkt klarzulegen, wie sehr er sich geirrt habe.

Während in Rom nun Herr Schramel nach dem Rechten sieht, hat hier ein anderer die Führung des Kampfes der streitbaren katholischen Geistlichkeit in die Hand genommen. Es ist dies Herr Moriz Bloch, der Chef des tschechoslowakischen amtlichen Pressewesens und Herausgeber der von der Regierung herausgegebenen und erhaltenen „Tschechoslowakischen Korrespondenz“, das ist einer Art Zeitung, die sich „Informationsorgan für Politiker und Zeitungen, Behörden und Finanzinstitute“ nennt. Dieser aus Regierungsgeldern bezahlte Herr Bloch, der früher seine Brillanten zur Verherrlichung des Hauses Habsburg schrieb, während jetzt seine vielseitige Verwendbarkeit ihn diese Brillanten in den Dienst der Verherrlichung der tschechischen autonationalen Koalition stellen läßt, benützt das genannte Organ, das „nach Bedürfnis“ erscheint — man weiß: wessen Bedürfnis es ist — gemeinhin dazu, um in seiner lässigen Art — im Jargon des Herrn Bloch heißt es anders — den oppositionellen Parteien und ihren Führern Belehrungen, Zusätze und Zusätzungen zu erteilen. Aber damit ist der Ehrgeiz des Herrn nicht erschöpft, er geht, um seine Verwendbarkeit zu zeigen, nach höheren Vorbeeren. Darum hat er jetzt beherzt in den Streit der tschechoslowakischen Geistlichkeit mit dem Papst eingegriffen, natürlich zugunsten des Herrn Schramel, der ihm als tschechoslowakischer Minister näher steht, als der Papst; doch gewiß wäre Herr Moriz Bloch auch diesem mit dem gleichen Schwung der Feder zu dienen imstande, wenn dieser eben über den Pressefonds der Tschechoslowakischen Republik etwas mitzureden hätte. Er schrieb also dieser Tage in seinem Korrespondenzblatt unter dem Titel „Priesterwürde und Abkoordinatenmandat“ einen Artikel, der so recht Herrn Bloch als Fachmann in allen katholischen Kirchenfragen zeigt. Herr Monsignore Schramel kann sich keinen besseren Mitstreiter wünschen, als er ihn, in Herrn Moriz Bloch gefunden hat. Zur Zeit der Unergründlichkeit des Bismarck: „Der Antisemitismus wird erst blühen, wenn ihn die Juden in die Hand nehmen“. Herr Bloch bemüht sich, zu erweisen, daß die Apologetik des Klerikalismus erst in ihm den richtigen Vertreter findet, und in der Tat: eine gerissenerer Verteidigung der Sache des Herrn Schramel, als in diesem Artikel, ward noch nicht gesehen.

Also Herr Moriz Bloch zeigt es seinen Klerikalen Schülern, wie es gemacht wird.

Verfassungsrevision in C. S. G.?

Belgrad, 13. April. Nach dem bisherigen Verlaufe der Unterhandlungen der Regierung mit den Kroaten wird die Erzielung eines Einvernehmens in der Richtung für möglich gehalten, daß die radikale Partei in eine die genau umgrenzte Staatseinheit nicht beeinträch-

tigende Verfassungsrevision einwilligt, wenn die Kroaten von extremen separatistischen Forderungen absehen. In diesem Falle würde das Kabinett Passie eine entsprechende Rekonstruktion erfahren.

Weitere Ausbreitung des Streiks in der Chemischen Industrie.

Deutschnationale Streikbrecher.

Aussig, 13. April. (Eigenbericht.) Der Streik dauert in verschärfter Weise an und hat sich im Laufe des Freitags nennendings erweitert. Neben den bisher bekannten Firmen hat sich die Arbeiterkraft der Firma A. und N. Berglos in Schredenstein dem Zustand angeschlossen. Die Firma Schicht, welche die gesamte Arbeiterkraft entlassen hat, richtete eine technische Nothilfe für Licht- und Kraftanlage ein, die ausfolgenden Leute absetzt: Peter Franz, Techniker in Schredenstein, Dackel Richard, Meister aus Wegstädtl, Schäfer Emil, Meister aus Postitz,

und Winter Friz, Beamter in Schredenstein. Alle Genannten sind Mitglieder des D. S. G. Außerdem haben sich Aufsichtorgane in der großen chemischen Fabrik, sowie auch in einzelnen anderen streikenden Betrieben gefunden, die verschiedene Arbeiten, die sonst von Arbeitern verrichtet wurden, durchführen, besonders der Betriebsleiter Ungar und der Meister Görner in der großen Chemischen taten sich dabei hervor. Die Feststellung der übrigen Namen behalten wir uns vor, falls die betreffenden Leute weitere Streikbrecherarbeiten verrichten sollten.

Deutschfeindliche Ausschreitungen in Oberschlesien.

Berlin, 13. April. (Tsch. P. B.) Die „Bosnische Zeitung“ meldet, daß sich die Ausschreitungen gegen die Deutschen in Oberschlesien verschärfen. In Laurahütte wurden gestern abends

deutsche Passanten verprügelt. Die Polizei war machtlos. Ähnliche Ausschreitungen werden auch aus Friedrichsdorf bei Antonienhütte gemeldet. Flüchtlinge aus diesen Orten sind in Stawowitz eingetroffen.

Aus gewissen Äußerungen Christi wollten, so schreibt er, „einige christliche Denker ableiten, der Christ soll politisch indifferent sein, Politik sei unchristlich“. Mit nichts, sagt Bloch, der Fachmann in allen christlichen Angelegenheiten, denn die Frage sei, „wo Politik anfängt und aufhört“. Und er meint: „Politik bedeutet ja organisierte Tätigkeit zur Hebung des zeitlichen Wohlstandes der Gesellschaft“. Was Sie nicht jagen, Herr Bloch! Die Klerikalen, welche die Schule verfeindeten wollen, die Agrarier, welche die Lebensmittelpreise hinaufzutreiben bestrebt sind, die bürgerlichen Parteien, welche die Profitinteressen der Kapitalistenklasse fördern und den Arbeitslosen abhelfen wollen, sie alle üben also „organisierte Tätigkeit zur Hebung des zeitlichen Wohlstandes der Gesellschaft“. Nachdem Bloch durch diese ausgeklügelte Feststellung des Begriffes Politik den Boden vorbereitet hat, ist es ihm leicht, den Beweis weiter zu führen: „Für das zeitliche Wohl des Nächsten zu sorgen ist ja ein Gebot der christlichen Charitas. Soll die Kirche (in deren Namen doch Bloch spricht!) gleichgültig jedem sozialen und politischen Uebel zusehen?“ Nein, das kann man von ihr, wie Bloch, der Scholastiker, meint, nicht verlangen! Wenn Herr Moriz Bloch diese Frage stellt, so sieht man ihn, schier greifbar, die Daumen in den Ärmelschneitten der Weste, vor sich stehen: Warum soll die Kirche nicht? . . . Hoffentlich empfinden die Klerikalen, denen er mit ausdauernder Phantasie (unter anderen Umständen würden sie sie eine „orientalische“ nennen) das Zeugnis ausstellt, daß sie jedem sozialen und politischen Uebel zu steuern bemüht sind, für Herrn Bloch wenigstens das Gefühl für Dankbarkeit, denn kaum einer der katholischen Patres träge es besser, die Tätigkeit des Klerikalismus und seiner politischen Parteien in eine „Sorge für das zeitliche Wohl“ und in ein „Gebot der christlichen Charitas“ umzuwandeln. Kaum einer versteht es auch besser, den Papst so trefflich die Meinung darüber zu jagen, wie er die Interessen der katholischen Kirche zu wahren habe, wie es Herr Bloch versteht. Pius XI. glaubt, die Beteiligung der katholischen Geistlichen am politischen Leben wäre zu verwerfen, denn das Reich Christi sei „nicht von dieser Welt“, doch Bloch I. belehrt ihn: „Das Königreich Christi

ist nicht von dieser Welt. Wohl aber in dieser Welt“. Und Bloch, der Kirchenlehrer, muß es doch wissen!

Im Eifer, Herrn Monsignore Schramel zu dienen, geht, so scheint uns, Herr Monsignore Bloch entschieden zu weit. Wenn er zum Beispiel schreibt: „Der Katholizismus bevorzugt keine Staatsform und sieht in jeder Obrigkeit eine Fügung Gottes“, so plaudert er aus der Schule und verrennt sich in übler Weise. Wenn die Klerikalen in jeder Obrigkeit und in jeder Staatsform eine Fügung Gottes sehen, warum betreiben sie dann in Oesterreich monarchistische Propaganda? Herr Bloch, da ist ein Widerspruch, an dem selbst Ihre christlich-katholische Sophistik zerschanden wird! Und wie steht es mit Sowjetrußland? Ist auch die Staatsform dort eine Fügung Gottes, der jeder aläubige Katholik sich in Demut beugen muß? Herr Bloch, Sie scheinen die christliche Apologetik doch noch nicht genügend zu verstehen! Die bedenklichste Stelle des Artikels des Herrn Bloch ist wohl aber diese:

„Nach der religiösen Weltanschauung ist der Mensch in seiner ganzen Tätigkeit Gott untergeordnet, somit auch in seiner politischen Arbeit. Die Kirche selbst ist auch stets mit weltpolitischen Postulaten aufgetreten. Hätte die Kirche niemals Politik getrieben, wäre sie eben nur eine Sekte geblieben und hätte niemals die mannigfachen Lebensformen schaffen können, die sie geschaffen hat.“

Um Gotteswillen, Herr Bloch, damit geben Sie zu, daß die katholische Kirche nicht auf Grund ihrer inneren, göttlichen Kraft gewachsen ist, sondern durch ihre politische Betätigung! Daß Sie das zugeben, wird Ihrem Gefinnungskollegen Schramel gar nicht recht sein.

Nun, das sind Entgleisungen, die auch einem so gewiegten Apologeten wie Herrn Bloch passieren können. Im allgemeinen kann die politisierende Geistlichkeit zufrieden sein: Bloch hat es dem Papst gut gemacht! Wenn er schreibt: „Es gibt keine kirchliche Vorherrschaft, die die politische Tätigkeit der Geistlichen bestimmen würde“, so wird Pius XI. nun wissen, was er zu tun hat. Herr Schramel in Rom, Herr Bloch hier, da bleibt dem Papste nichts übrig, als zu kapitulieren.

Von der Auslandspropaganda.

Ein Fall zur Illustration.

Unter dieser Woche veröffentlichte unser Blatt einen Artikel, der sich mit einem solchen des Dr. Ekold im Stockholmer „Sozialdemokraten“ über die Lage der Deutschen in diesem Staate beschäftigte, und der zeigt, wie falsch das Ausland über die Lage der Minoritäten in der tschechischen Republik unterrichtet wird. Kein Wunder, wenn wir beobachten, daß es sich der Staat viele Millionen kosten läßt, so daß selbst Auslandsjournalisten von Ruf der sündigen einseitigen Beeinflussung unterliegen. Auch mir ist es passiert, daß mir zwei angegebene Schweizer Journalisten in Prag auf meine Beschwerde erwiderten, die Deutschen seien viel zu gefühlvoll, und es geschehe ihnen doch kein Unrecht, übrigens seien wir „Gäste der tschechischen Regierung und können daher garnicht solche Beschwerden bringen“. Ähnlich so dürfte es die Regierung auch mit anderen Pressevertretern machen. Sogar die sozialdemokratische Presse Deutschlands läßt sich lieber von Tuszar und Weiskner informieren, als von der hilfeisenden Minderheit dieses Staates. Unter diesen Umständen ist es dann wohl kein Wunder, wenn die an den Minderheiten täglich verübten Ungerechtigkeiten draußen kein Echo finden.

Wir wollen nur ein Beispiel aus der Schulpolitik des Staates herausgreifen. In Mähren gab es in den Jahren 1920—21 unzählige Ausschulungen deutscher Schulkinder und zwangsweise Ueberführungen derselben in tschechische Schulen, ohne Rücksicht auf den Willen der Eltern, ohne Rücksicht, ob ein oder beide Elternteile deutsch, oder ob die Kinder ein Wort tschechisch verstanden. Dabei ging man durchaus nicht human vor und verübte schwere wirtschaftliche Schädigungen der Eltern, ja sogar vernichtete Existenzen haben die nationalen Chauvinisten am Gewissen. Man schreie auch vor gesundheitslichen und moralischen Schädigungen der betroffenen Kinder nicht zurück, die oft stundenweit im Winter in andere Orte zur Schule gehn mußten. So war es in den Bezirken Nikolsburg, Znaim, in der Forstlber und Zwidauer Gegend, in Nordmähren und im Ruklänndchen.

In letzterem herrscht in der Bezirksverwaltung Neutitschein ein junger Kommissar, Namens Kadekavel über das Schulkreuz, der es besonders gut verstand, die Leute müde zu machen. Wir wollen daher zum besseren Verständnis diesen Fall herausgreifen.

Das Ziel der tschechischen Schulpolitik ist, die möglichst rasche und umfangreichste Tschechisierung der an den Sprachgrenzen gelegenen Orte. Besonders hat man es auf solche abgesehen, durch die Verkehrslinien gehen, um auch bei den Fremden den Eindrud eines einsprachigen Gebietes zu erwecken. Ein solcher Ort ist die an der Hauptstraße liegende Station Zauchtel. Dort hatte man besonders leichtes Spiel, weil es sich hauptsächlich um Eisenbahner handelte, die vom Staate abhängig sind, deren Willen man daher leichter zu brechen hoffte. Im September 1920 erschien der Staatsbahnrat Kobil aus Olmütz in Zauchtel, ließ sich die Eisenbahner, die vorher von der tschechischen Schulleitung den Auftrag erhalten hatten, ihre Kinder in die tschechische Schule zu schicken, rufen und ländigte ihnen an, wenn sie dieser Aufforderung nicht binnen drei Tagen nachkommen, sie die Verweisung in eine tschechische Station zu gewärtigen hätten. Eine Anzahl fiel nach dieser Drohung um. Ein Teil jedoch pochte auf die Zugehörigkeit zur deutschen Nation. Getrieben von der Sorge um den Schulerfolg ihrer Kinder, handelte es sich doch in vielen Fällen um Schüler im letzten Schuljahr, weigerten sich die Eltern, dem Diktat zu folgen. Für diese begann nun ein bereits über zwei Jahre dauerndes Martyrium. Sie wurden wiederholt zur Schulleitung vorgeladen und mit allen Mitteln bearbeitet, als das nicht half, wiederholt zur Bezirksverwaltung Neutitschein zitiert und zum Schlusse mit je 20 Kz Geldstrafe eventuell 48 Stunden Arrest wegen Schulverweigerung der Kinder belegt, obwohl die Kinder ständig die Schule besuchten! Dann erhielt die deutsche Schulleitung unter Strafanandrohung den Auftrag, diese Kinder sofort aus Schulen, was auch geschah. Die Eltern ließen nun ihren Kindern Privatunterricht erteilen, was neuerliche Vorladungen zur Folge hatte. Dann wurden die Kinder nach Neutitschein vorgeladen und von einem

tische hiesigen Lehrer auf die Kenntnis der tschechischen Sprache geprüft. Wer nicht erschien, wurde unter Strafanzeige neuerlich vorgeladen, so daß Eltern selbst mit kranken Kindern den weiten Weg machen mußten.

Gegen alle diese Schikanen wurde von der Rechtschutzstelle Rekurs an die Landesverwaltung, an das Ministerium und selbst den Verwaltungsgerichtshof erhoben, dem aber keine aufschiebende Wirkung zuerkannt wurde. Schließlich gelang es durch eine Intervention beim Ministerium doch, diese Strafverurteilung bis zur Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes zu schieben. Die tschechischen Schullehrer jedoch gaben keine Ruhe, weil sie die Kinder zur Anfüllung der leeren Schulen brauchen, und die Bezirksverwaltung gab sich gerne zur Wehre. Im Jänner 1923 erhielten eine Reihe neuerdings unter Strafanzeige den Auftrag, die Kinder sofort auszuwählen, was auch geschah. Die Eltern jedoch erhielten von der Bezirksverwaltung den Auftrag, ihre Kinder in die tschechische Schule zu schicken und wenn sie ihnen Privatunterricht erteilen lassen, dann dürfte dies nur tschechisch geschehen und müßte die Meidung davon an den tschechischen Bezirkschulsausschuss erfolgen. Gleichzeitig hat jede Partei für die bisherigen Schulverhältnisse 100 K Strafe zu zahlen. Nicht genug damit, wurden die Eisenbahner auch von den Bahnbauern mit der Verfehlung bedroht. Um dieser Drohung wahrscheinlich mehr Nachdruck zu verleihen, erschien am 5. April d. J. ein Gendarm in der Wohnung derselben, um sie im Auftrage der Bahndirektion auszumessen und sich um die Räumlichkeiten zu erkundigen. Schulbehörde, politische Behörde und Dienstgeber arbeiten daher einträchtig zusammen, um die Eltern müde zu machen.

Diese Quälereien dauern nun schon über zweieinhalb Jahre. Dabei handelt es sich um Kinder, deren Mütter deutscher Abstammung sind und die kein Tschechisch verstehen. Die Väter jedoch beherrschen die Dienstsprache vollkommen, sodas ihnen von dienstlicher Seite nichts vorgeworfen werden kann. Sie erklären, das sich keine Regierung bisher um die Erziehung der Kinder gekümmert und verteidigen nur ihr primitives Elternrecht. Sie sind zum Teil auch von der Sorge um das Fortkommen der Kinder erfüllt, deren ganzes Unterrichtsresultat aus ihrem bisherigen Schulbesuche verloren zu gehen droht, umso mehr als Kinder deutscher Eltern wenig Aussicht haben, in Zukunft im tschechischen Staatsdienste unterzukommen.

Zum Schluß wird man sie doch unterkriegen, denn der Kampf wird rücksichtslos mit zu ungleichen Waffen geführt.

Wenn angesichts dieser durchaus nicht vereinzelt dastehenden Tatsachen noch jemand den Mut aufbringt, von Freiheit und Gleichberechtigung der Deutschen in diesem Staate zu schreiben, der möge diese jahrelangen Quälereien am eigenen Körper probieren. Derselben Dinge haben sich im alten reaktionären Oesterreich nicht ereignet!

H. B.

Inland.

Ehrenbeleidigungsgesetz Dr. Urbensky gegen den Volkskongress der tschechischen sozialistischen Partei. Donnerstag Abend fand in Zizkov die erste öffentliche Versammlung der tschechischen unabhängigen Sozialisten statt. Im Namen der vier ausgeschlossenen Abgeordneten teilte Abg. Dr. Urbensky mit, das er durch Dr. Bartoschek die Ehrenbeleidigungsgesetze gegen den gesamten Volkskongress der tschechischen sozialistischen Partei erhoben habe, da dieser wegen der Abstimmung der vier ausgeschlossenen beim Gesetze zum Schutze der Republik diese öffentlich einer unehrenhaften Handlung bezichtigt hat. Diese Bezeichnung wurde bekanntlich in „Ceske Slovo“ am 9. März ausgesprochen. Urbensky sprach weiter in der Versammlung, die überaus zahlreich besucht war, über die Entwicklung der tschechischen

tschechischen Republik von der Demokratie zur Reaktion. Dr. Urbensky erklärte, das ähnliche Ansichten wie er über die Koalition und die alte tschechische Sozialdemokratie Remec habe. Dieser sei aber von Bechyně in den Hintergrund gedrängt worden. Bechyně habe ein besonderes Verdienst um die Schwächung des Sozialismus in diesem Staate. Weiters sprach außer der Abg. Landavich auch der Redakteur Rozal, der erklärte, das er aus der Redaktion des „Ceske Slovo“ wegen Schreibens folgender Artikel ausgeschlossen worden sei: 1. wegen des Artikels, in dem er sich gegen die Herabsetzung der Vermögensabgabe wandte, 2. wegen eines Artikels, in dem er sich gegen die Todesstrafe wandte und 3. wegen eines Artikels, in dem er die Befreiung einiger Schichten des Ausnahmgesetzes forderte. — Das neue Blatt der tschechischen Unabhängigen „Socialista“ erscheint ab 1. Mai täglich. — Der „Klub der tschechischen sozialistischen Studenten“ hat sich gespalten. Eine beträchtliche Anzahl von Studenten haben den Klub verlassen und eine „Vereinigung der tschechischen unabhängigen sozialistischen Studentenschaft“ gegründet, die mit den sozialistischen Studenten aller Nationalitäten zusammen arbeiten will, jeden politischen Opportunismus verwirft und sich zum Klassenkampf bekennt.

Der 1. Mai der tschechischen Unabhängigen. Die tschechische unabhängige sozialdemokratische Partei erläßt folgenden Aufruf: Die Folgen des kapitalistischen Weltkrieges drücken schwer auf das gesamte europäische Leben. Die wirtschaftliche und finanzielle Krise Europas dauert an und ihre Lasten sollen auf die Schultern des arbeitenden Volkes abgewälzt werden. Die Konflikte zwischen den einzelnen Gruppen der europäischen Industriellen und Finanzleute verschärfen sich mit jedem Tag und die Möglichkeit neuer Kriege ist sehr wahrscheinlich. Die wirtschaftliche Reaktion ist eine Stütze des politischen und kulturellen Reaktion, welche ganz Europa erfaßt hat. Als Abwehr gegen den Angriff der Reaktion muß eine Arbeiterfront gebildet werden, die aufgebaut wäre auf Grundlage des gegenseitigen Vertrauens der sozialistischen Arbeiter, auf Grundlage des Klassenbewußtseins und der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse. Die sozialistische Vereinigung hat den Grundstein zur Errichtung dieser Front in unserer Republik gelegt. Den 1. Mai 1923 feiert die Partei gemeinsam mit der Partei der unabhängigen tschechischen Sozialisten und mit allen Anhängern der Idee der sozialistischen Vereinigung. Sie entwickelt folgendes Programm: 1. Die Solidarität des Proletariats, 2. Die wirtschaftliche und politische Demokratie der Republik, 3. Die Freiheit der Ueberzeugung gegenüber dem Merkantilismus und 4. Friede zwischen den Nationen.

Die Eisenbahner am 1. Mai. Der Vorstand der „Jednota der Angestellten der tschechoslowakischen Staatsbahnen“ hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, das am 1. Mai 1923 die Arbeit aller Angestellten der Staatsbahnen von 11 bis 12 Uhr mittags ruhen soll. In dem Aufrufe heißt es, das der heutige 1. Mai eine Kundgebung des sozialistischen arbeitenden Volkes für ein Programm ist, das in unserem selbständigen Staate proklamiert werde: „Wir müssen der Reaktion aller Richtungen beweisen, das ihr Bestreben, den Sozialismus unmöglich zu machen und aus der Spaltung der sozialistischen Massen Vorteile zu ziehen, unmöglich ist. Unsere Kundgebung muß ein Warnungsruf für alle jene sein, welche die gegenwärtige reaktionäre, politische und soziale Konjunktur zur Vererbung arbeitender Schichten um die Ertragsmöglichkeiten der Oktoberrevolution bringen wollen. Damit die Kundgebung der Eisenbahnerorganisation einheitlich wäre, hat die Jednota die übrigen Eisenbahnervereine zu einer Beratung über eine gemeinsame Kundgebung eingeladen. Als Hauptforderungen der Kundgebung werden bezeichnet: Ersatz der durch das Gesetz 394 verursachten Schäden, energische Maßnahmen der Regierung gegen die neuerlich steigende Forderungserhöhung der bisher nicht erfüllten Forderungen der Eisenbahnangestellten.

Die Sozialversicherungsvorlage trägt den Titel „Gesetz über die Versicherung der Arbeiter und Angestellten im Fall der Krankheit, der Invalidität und des Alters“. Der erste Teil um-

faßt die allgemeinen Bestimmungen und gliedert sich in vier Abschnitte. Der erste Abschnitt behandelt den Umfang der Versicherung und der Versicherten (§§ 1—7), der zweite Abschnitt enthält Bestimmungen über die Arbeitgeber (§§ 8 und 9), der dritte Abschnitt enthält Bestimmungen über Lohn, die Lohnklassen und die Lohnlisten (§§ 10—16), der vierte Abschnitt behandelt die An- und Abmeldung (§§ 17—23). Der zweite Teil behandelt die Organisation der Versicherung überhaupt und gliedert sich in fünf Abschnitte. Den ersten Abschnitt über die Organisation der Krankenversicherung (§§ 24—71), den zweiten Abschnitt über die Organisation der Invaliden- und Altersversicherung (§§ 72—83), der dritte Abschnitt über Bestimmungen über die gemeinsame Organisation (§§ 84—85), den vierten Abschnitt über die Aufsicht über die Versicherungsinstitute (§§ 86—92) und den fünften Abschnitt über die Versicherungsinstitute und ihre Aufgaben (§§ 93—94). Der dritte Teil behandelt die Versicherungsbeiträge und gliedert sich in vier Abschnitte: in den ersten Abschnitt über die Beiträge für die Krankenversicherung (§§ 95—105), den zweiten Abschnitt über die Beiträge für die Invaliditäts- und Altersversicherung (§§ 106—131), den dritten Abschnitt über gemeinsame Bestimmungen der Beiträge (§§ 132—139), und den vierten Abschnitt über den ärztlichen Dienst (§§ 140—156). Der vierte Teil behandelt die Höhe der Versicherungsbeiträge und gliedert sich in zwei Abschnitte: den ersten Abschnitt über die Versicherungsbeiträge (§§ 157 bis 177) und den zweiten Teil über die Wirtschaft in den Versicherungsanstalten (§§ 178—185). Der fünfte Teil behandelt das Schiedsgerichtsverfahren und gliedert sich ebenfalls in zwei Abschnitte. In den ersten Abschnitt über das Verfahren selbst (§§ 186—196) und in den zweiten Abschnitt über die Zusammenfassung des Schiedsgerichts (§§ 197—238). Der sechste Teil enthält die Schlußbestimmungen, die Durchführungsbestimmungen und die Strafbestimmungen (§§ 239—289).

Das Gesetz über den Jugendurlaub. Im Exekutivauschuß der tschechischen sozialistischen Jugend erstattete der Sekretär Bericht über die Verhandlungen mit der tschechischen und deutschen sozialdemokratischen Jugend in Angelegenheit einer gemeinsamen Aktion bei den Abgeordnetenklubs wegen Verwirklichung des Gesetzesentwurfes über bezahlte Urlaube für jugendliche Angestellte. Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen, ebenso der Bericht über die Entsendung zweier Delegierter des Zentralerekutivauschusses zum Kongreß der internationalen sozialistischen Jugend in Hamburg in den Pfingstfeiertagen.

Aus dem Parlament. Die nächste Sitzung des Senates findet am Montag, den 23. April, um fünf Uhr nachmittags, statt. Auf der Tagesordnung befindet sich unter anderem auch das Gesetz über die Fortpflanzung der Wirtschaftstiere, weiter das Gesetz über Gebührenerweiterung bei Hypothekarforderungen und die Immunitätsangelegenheit des Senators J. Vlaho. — In der am Dienstag stattfindenden Sitzung des Abgeordnetenhauses wird in der Debatte auch Finanzminister Beška das Wort ergreifen. Da in dieser Debatte Redner aller Parteien das Wort ergreifen werden, wird wohl über die Regierungserklärung erst in späterer Nacht- und Nacht abgestimmt werden. In der Mittwochsitzung des Hauses werden die Ministerialvorlagen in Beratung gezogen, die innerhalb einer Woche erledigt sein sollen. — In der gestrigen Sitzung des Volkskongresses der sozialistischen Parteien wurde unter anderem zur Kenntnis genommen, das die Regierung beabsichtigt, bezüglich der Herabsetzung der Advokaten- und Notartarife einzuschreiten. Hierbei wurde beschlossen, die Regierung aufzufordern, die Tarife für Leistungen von Ingenieuren, Geometern, Baumeistern sowie auch die ärztlichen Honorare in gleicher Weise zu regeln. — Im „Zehnerate“ wurde auch über das Anerbieten der Vereinigung der Bauunternehmungen gesprochen, die unter bestimmten Bedingungen bereit sind, die Durchführung und Finanzierung staatlicher und öffentlicher Bauten bei Ausnützung der staatlichen Investitionsanleihe zu übernehmen. — In der Sitzung wurde unter anderem konstatiert, das im verfloßenen Jahre an

Arbeitslosenunterstützungen 220.300.622 Kronen ausgezahlt wurden und das heuer der für diese Budgetpost zu diesem Zwecke von den beiden Kammern bewilligte Betrag bereits erschöpft ist. Aus diesem Grunde wandte sich der Fürsorgeminister an die Regierung und die Nationalversammlung um Bewilligung weiterer Mittel; er verlangt 220 Millionen Kronen, weil die Arbeitslosigkeit bisher, und zwar in bedeutendem Maße andauert.

Schon wieder eine neue Pétla. Im Parlament hat sich eine neue Finanzpétla gebildet. Diese Pétla, deren Mitglieder die Abgeordneten Chalupa, Englisch, Roffel, Cerny und Saidl sind, hat zunächst die Aufgabe, an den Grundrissen der Novellierung der Gesetze über die Vermögensabgabe und die Vermögenszuwachssteuer zu arbeiten.

Der Bau tschechischer Minderheitsschulen in Böhmen, Mähren und Schlesien auf Staatskosten. Einer amtlichen Mitteilung des Ministeriums für öffentliche Arbeiten entnehmen wir: Für den Bau von Minderheitsschulen wurden in die verfassungsmäßig genehmigten staatlichen Investitionsbudgets des Ministeriums für öffentliche Arbeiten für das Jahr 1922 ein Betrag von 30 Millionen Kronen und für das Jahr 1923 ein Betrag von 39 Millionen Kronen eingereicht. Im Jahre 1922 wurden durch das Ministerium für öffentliche Arbeiten insgesamt 55 neue Schulgebäude von dem veranschlagten Bauaufwande von 36.974.000 Kronen erbaut, wovon 36 auf Böhmen, 16 auf Mähren und 3 auf Schlesien entfielen. Von diesen 55 insgesamt 167 Klassen und 7 Turnhallen enthaltenden Schulgebäuden sind 43 Gebäude für Volksschulen und 5 für Bürgerschulen, sowie 7 für gemischte Schulen (Volksschulen und Bürgerschulen) bestimmt. Von den im Jahre 1922 durchgeführten Bauten wurden in demselben Jahre 6 Gebäude fertiggestellt und den Schulzwecken bereits zugeführt, bei den übrigen 49 wird dies längstens anfangs des Schuljahres 1923—24 der Fall sein. Für die Vollendung dieser zehn Bauten wurden von dem im Jahre 1922 für den Bau von Minderheitsschulen bestimmten Kredite 1.251.545 Kronen ausgezahlt. Um zukünftig auf jeden Fall eine geeignete Platzierung tschechischer Schulen in den national gefährdeten Gemeinden Karwin, Freistadt, Oderberg-Obf. und Schönicht zu sichern, hat der Staat für das Jahr 1922 für den Betrag von 10.985.969 Kronen neue Schulgebäude, die von diesen Gemeinden nach dem staatlichen Umfusse errichtet wurden, angekauft. Im Bauprogramm für das Jahr 1923 wurde der Bau weiterer 29 Schulgebäude mit 28.180.000 Kronen eingereicht, wovon 15 Gebäude auf Böhmen, 7 auf Mähren und 7 auf Schlesien entfallen. Von diesen neuen Schulgebäuden, die 128 Klassen und 11 Turnhallen haben, sind 20 für Volks-, 4 für Bürger- und 5 für gemischte Schulen (Volksschulen und Bürgerschulen) bestimmt. Nach dem jetzigen tatsächlichen Stande der Bauaktion der Minderheitsschulen werden daher im Jahre 1923 gebaut werden: 1. 40 im Jahre 1922 bereits begonnene Bauten mit einem Kostenaufwande von 21.295.477 Kronen; 2. 20 weitere neue Schulbauten mit einem Kostenaufwande von 28.180.000 Kronen. Für den bereits amtlich durchberatenen Kauf von 17 fertigen Bauten zur Unterbringung von Minderheitsschulen wird im Jahre 1923 ein Betrag von 5 Millionen Kronen notwendig sein. Das festgesetzte weitere Bauprogramm von Minderheitsschulen stellt daher in finanzieller Hinsicht für das Jahr 1923 einen Gesamtbetrag von 54.475.477 Kronen vor.

Die Revolution in Südhina.

London, 12. April. (Tsch. P. B.) Aus Shanghai wird gemeldet: Das erste Geschwader der chinesischen Flotte, das hier stationiert ist und aus einem Kreuzer und vier Kanonenbooten besteht, hat sich in einem Manifest für unabhängig von der Regierung erklärt und den Rest der ganzen Flotte aufgefordert, sich der Revolution anzuschließen. Das Geschwader hat sich somit der südhinesischen Republik unter Sunjaisan, dem revolutionären Führer in Canton, angeschlossen.

Das Höne in der Kunst.

Von Hugo Feigl (Berlin).

Vom französischen Schriftsteller Peladan stammt der Ausdruck: „Die einzige Rechtfertigung für die Kunst ist die Schönheit.“ Bekannt man sich zu diesem Satz, so scheint es, als würde die moderne bildende Kunst dieser Rechtfertigung ermangeln, denn nur selten hört man in einer Ausstellung zeitgenössischer Maler den Ausdruck: „Das ist schön.“ Weitens häufiger ein geradezu abfälliges Urteil und verständnisloses Lachen. Und dennoch kann man ernstlich annehmen, das eine Anzahl reifer, geistig regsamere Männer Deutschlands und Frankreichs seit Jahren kein anderes Ziel ihrem Schaffen sich gesetzt haben, als von Zeit zu Zeit die breiten Massen der Kunstfreunde zu ärgern? Sicherlich nicht. Wo muß es ihnen wohl blutiger Ernst um diese Farbenmischlinge und verzeichneten Menschenfragen sein und wir anderen haben nur kein Organ, diese Art Schönheit zu empfinden? Vielleicht.

Die Idee der „Schönheit“ ist etwas Wandelbares. Sie ändert sich für den einzelnen mit seinen Jahren, für die Menschheit mit Generationen. Betrachten wir einmal das nächstliegende: die Frauenschönheit. Jemand heiratet aus Liebe

nicht gerade schöne Frau. Es ist durchaus nicht selten, das solche Männer nach einiger Zeit ihre Frau schön finden, ja ihre häßlichen Züge geradezu lieb gewinnen. So haben gewisse Zeitalter zum Ideal der Frauenschönheit das Schlank, Blau-Vergeistigte und fast Krankhafte erhoben (die englischen Präraffaeliten, deutsche Romantiker) und andere das Gefunde, Volle, Erdschwere (Hochrenaissance). Die Schönheit in der Kunst, welche letztere ja nichts anderes ist als der restlose Ausdruck alles menschlichen Sehns und Verlangens, ist nun, wie dieses selbst, einer steten Veränderung unterworfen. Mit den Menschen ändern sich ihre Kunstideale. „Impressionismus“ und „Expressionismus“ sind nichts Neues unter der Sonne. Schon vor mehr als tausend Jahren gab es Expressionisten (wie die Miniaturen der Wiener Genesis zeigen), schon vor mehr als zweihundert Jahren Impressionisten. Und es ist kein Zufall, das verschiedene Zeitalter ähnliches Kunststreben, ähnlicher Schönheitsideale ein ähnliches geistiges Gefüge verraten. Geistiges Gefüge, das heißt das Lebenstempo, der Rhythmus des Denkens und die Wege, die das Denken einschlägt, um den Menschen zur sittlichen Höhe zu bringen. Man kann von einem heutigen Maler, der mitten in einer Zeit unerhörter politischer und geistiger Umwälzungen steht, dessen Blut den Pulsschlag seiner Zeit schlägt, mit Zug

nicht verlangen, er solle mit der Abgeklärtheit eines antiken Griechen einen Idealkopf malen oder meißeln. Vielleicht würde er es zuwege bringen. Doch das Produkt wäre etwas ohne innere Anteilnahme des Künstlers Entstandenes und daher Unwahres, wie man es kalt und nüchtern als Gipschmuck unserer Häuser sehr oft findet. Der schöpferische Künstler geht in der Erkenntnis seiner Zeit uns andern voran. Er hat ein schärferes Ohr, um zu hören, und ein schärferes Auge, um zu sehen. Wir verstehen ihn deshalb nicht gleich und vermiffen oft die „Schönheit“ seiner Werke. Aber Erziehung zur Kunst und der bloße Ablauf der Zeit bringt uns ihrer Sprache näher. Als gegen Ende des vorliegenden Jahrhunderts die französischen Impressionisten Manet, Monet, Coganne ihre erste Ausstellung in Paris veranstalteten, wurden ihre Bilder bespottet, dieselben Bilder, die uns heute nach dreißig Jahren abgeklärt und klassisch erscheinen. So war der Künstler seiner Zeit vorgeeilt. Der Stempel unseres Zeitalters ist Revolution im weitesten Sinne des Wortes. Revolution im geistigen und wirtschaftlich-politischen Leben. Diese Unruhe und gleichzeitig die Sehnsucht nach einer Flucht aus ihr, drückt sich in allen

Zweigen aus. Aber nicht alles, was man heute in Ausstellungen zu sehen bekommt, ist Kunst und daher schön. Hinter beabsichtigten Verzerrungen und grellen Farbmischungen verbirgt sich sehr oft Mißkönnen. An solchen Bildern mag man achillos vorbeigehen. Wohl sind aber alle ähnlichen Werke, hinter denen ein erster Wille steckt, ihrer Bestimmung nach zu verstehen. Das Revolutionäre, das in den Künstlern ist, setzt sich in Kampfstellung gegen alle übernommenen Kunsttraditionen um. Sie sprengen die schön geschwungene Linie durch ein unruhiges Zickzack und die glatte, zarte Farbharmone durch biden Farbauftrag und auf die Spitze getriebene Kontraste. Gibt es aber einen Meister moderner Malerei (an den Fingern der Hände kann man sie abzählen), der es verstanden hat, die wichtigsten Züge seiner Zeit in der Sprache des Pinsels wahrhaft zu verewigen, dessen Wert wird sicher nicht die erhabene Ruhe einer Monna Lisa ausstrahlen, aber dafür in den Blütenfranz des Schönen in der Kunst vergangener Generationen eine neue Blüte entfalten und das Schönheitsideal unserer Zeit allen künftigen vermitteln.

Telegramme.

Französisch-belgische Besprechungen.

Paris, 13. April. (Sch. P. B.) Die belgischen Minister Drenth und Jaspar sind kurz nach 1 Uhr Mittag in Paris eingetroffen. Die Konferenz am Quai d'Orsay begann um 3.25 Uhr. Nach Schluß der Sitzung wurde der Presse folgende amtliche Mitteilung übermittelt: Die belgische und französische Regierung sind in gleicher Weise entschlossen, ihre Aktion im Ruhrgebiete fortzusetzen, bis Deutschland sich entschließt, unmittelbare Vorschläge für die Bezahlung der Reparationen zu machen. Beide Mächte haben eine ganze Reihe neuer Maßnahmen ins Auge gefaßt, um ihren Druck zu verstärken und solange fortzusetzen, als es nötig sein wird. Sie haben außerdem eine Anzahl von Beschlüssen gefaßt, um die Abfuhr von Kohle und Koks zu beschleunigen, den Eingang der Kohlensteuer sicherzustellen und den Betrieb der Eisenbahnen immer mehr zu verbessern. Sie werden morgen vormittag wieder zusammentreten, um namentlich die Frage über die Durchführung der internationalen Dienststellen, die Verwendung des Ertrages der Pfänder, der Geldstrafen und der Kapitalbeschlagnahme, sowie die Sachlieferungen usw. zu prüfen.

Spernung der englischen Koksabfuhr nach Frankreich?

Paris, 18. April. „Journal Industriel“ teilt mit, daß der englische Geschäftsträger in Paris vorgestern Poincaré erklärt habe, die englische Regierung müsse die Koksabfuhr nach Frankreich einschränken. Das Blatt gibt diese Nachricht unter Vorbehalt wieder. Es bemerkt hierzu, daß, wenn sich diese Nachricht bestätigen würde, für die französischen Industriebetriebe große Schwierigkeiten entstehen müßten, die nach Einstellung der Koksabfuhr aus dem Ruhrgebiete auf den englischen Schmelzofen angewiesen sind.

Sozialdemokratie und Reichsregierung

Berlin, 13. April. (Eigenbericht.) In der bürgerlichen Presse wird die Meldung verbreitet, daß sich in der Sozialdemokratie zwei Flügel gebildet hätten, deren einer unter Führung Weisbrods eine aktivere Politik der Regierung verlange, während der andere mit der Politik Cunos einverstanden sei. Wie sich bei der gestrigen Sitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zeigte, herrscht in der Partei vollste Uebereinstimmung darüber, daß man von der Regierung eine aktivere Politik fordern müsse. Von einer Bildung zweier Flügel kann keine Rede sein.

Zwangsausqualierung von Eisenbahnen.

Köln, 12. April. (Wolff.) Die Zahl der in Neuf aus den Wohnungen vertriebenen Eisenbahnerfamilien ist auf 36 gestiegen. In Stolberg mußten 20 Dienstwohnungen am Hauptbahnhof geräumt werden. Der gleiche Befehl ist an 5 Beamte in Hönningen ergangen.

Ausweisung des Koblenzer Regierungspräsidenten.

Berlin, 13. April. Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung“ aus Koblenz wurde gestern der Regierungspräsident von Koblenz, Doktor Brand, in seiner Wohnung von den Franzosen verhaftet und aus dem besetzten Gebiete ausgewiesen.

Bayrische Rechtsbegriffe.

Berlin, 13. April. (Eigenbericht.) Die Münchener Polizei gab vor, den Journalisten Franz Buttkamer verhaftet zu haben, weil er der Teilnahme an dem Attentatsversuch auf Scheidemann verdächtig sei. Wie die „Münchener Post“ nunmehr nachweist, war es gerade Buttkamer, der das Attentat verhinderte, da auf seine Veranlassung der Stabsarzt Baur verhaftet wurde. In München werden, wie es scheint, alle Rechtsbegriffe auf den Kopf gestellt.

Schwere Industriekrise in Oberschlesien.

Berlin, 13. April. Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus Katowitz: Polnisch-Oberschlesien steht unmittelbar vor einer schweren Wirtschaftskrise. Einige Betriebe Polnisch-Oberschlesiens haben bereits Arbeiterstreikungen vorgenommen, weitere sollen folgen. Die Wirtschaftskrise ist darauf zurückzuführen, daß die Abnehmer der Oberschlesischen Produkte ihren Bedarf mit tschechischen Waren decken, da sie sich trotz des Ein- und Ausfuhrzollens um 10 Prozent billiger stellen als die ober-schlesischen Produkte. Bis jetzt sind nur die Eisenhütten von der Krise bedroht. Die Herstellungskosten sind in Oberschlesien so hoch, daß der Absatz unmöglich wird.

Waffenschmuggel aus Bayern nach Ungarn.

Wien, 13. April. Wie der „Tag“ meldet, kamen am vergangenen Samstag auf dem Wiener Nordbahnhof zwei Waggons an, als deren Inhalt „Altes Eisen“ angegeben war. Die beiden Waggons waren für Budapest bestimmt. In Wien wurde die Deklaration „Altes Eisen“ in „Solzbearbeitungsmaschinen“ geändert. Bei der Kontrolle bestätigte der Magaziniere, er hätte den Inhalt gesehen, die beiden Waggons enthielten wirklich Maschinen. Vorgestern war aber einer der Waggons ohne Frachtfarte verschwunden. Der zweite Waggon sollte gestern gegen Budapest weiterrollen. Gestern wurde er verschoben und bei einem plötzlichen

Der Reparationsplan Poincarés.

Paris, 13. April. (Sch. P. B.) Der „Matin“, ein Poincaré sehr nahestehendes Blatt, faßt Obwohl zwischen den Absichten der französischen Sachverständigen und den Vorschlägen, denen Loucheur seinen Stempel aufgedrückt hat, bedeutende Differenzen bestehen, könne man die augenblicklichen Wünsche Frankreichs folgendermaßen zusammenfassen: Es sei wünschenswert, die Grundlage des Londoner Zahlungsplanes nicht abzuändern. Die Reparationskommission habe die deutsche Schuld mit 132 Milliarden Goldmark festgesetzt. Es bestehe gar kein Grund, daran etwas zu ändern, jedoch könnten Modalitäten eingeführt werden, daß die Höhe der deutschen Schuld tatsächlich herabgesetzt, zu gleicher Zeit aber auch die Zahlungen in den nächsten Jahren beschränkt werden. Wenn Frankreich in ungefähr zehn Jahren, dank internationalen Kreditoperationen, 26 Milliarden Goldmark bekäme, die seine Ausgaben für die verwüsteten Gebiete bilden, dann sei es für den Rest zu Konzeptionen bereit. Der Teil der deutschen Schuld, dessen Mobilisierung dringend für die Priorität gewährt werden müsse, setze sich zusammen aus diesen 26 Milliarden Goldmark, den Reparationen für Italien, Slowakien und Rumänien, der belgischen Reparationssumme, endlich aus den alliierten und amerikanischen Besatzungskosten, sowie den an die deutschen Bergarbeiter bezahlten Prämien. Der Rest der ersten 50 Milliarden Goldmark könnte annulliert oder auch später übertragen werden, wenn es sich um die Pensionen handelt. England, welches bei dieser Kombination bedeutende Opfer bringen müßte, müsse die Sicherheit erhalten, daß ihm die Jahreszahlungen an Amerika zur gegebenen Zeit durch deutsche Zahlungen garantiert werden. Darüber müßte noch diskutiert werden. Es könnte sich dabei einschließen der Zinsen um 200 bis 600 Millionen Goldmark jährlich handeln. Das Wesentliche bei dem neuen Plane sei, daß

man aus den Schatzbons A und B zwei Teile machen wolle. Einen von 40 Milliarden Goldmark, der in den nächsten zehn Jahren durch Anleihen flüssig gemacht werden müsse, einen anderen, der je nach den Bedürfnissen des englischen Schatzamtes flüssig zu machen wäre. Was die 82 Milliarden der Serie C betrifft, so müßten Sie Frankreich die Mittel geben, die auswärtigen Gläubiger, namentlich England und die Vereinigten Staaten, zu entschädigen. Auch Italien müsse in den gleichen Stand gesetzt werden. Allerdings sei Italiens Anteil an den deutschen Forderungen geringer als seine auswärtige Schuld, während bei Frankreich das Gegenteil der Fall sei. Die Schatzbons der Serie C würden übrigens kein einfaches Blatt Papier sein, denn sie würden garantiert durch gewisse Einnahmen des Deutschen Reiches. Es hänge nur noch von England und Amerika ab, sie zu annullieren. Territoriale Garantien seien die Befestigung des Ruhrgebietes und der Rheinlande, die während der ersten zehn Jahre gradweise verringert und nach dieser Frist ihr Ende finden könnte unter der Bedingung, daß die notwendigen 40 Milliarden Goldmark für sofortige Reparationen durch Anleihen gedeckt würden und ein neues Regime mit einer gemischten Kommission gefunden würde, das dem französischen Sicherheitsbedürfnis Befriedigung gäbe. Der Völkerbund könnte sodann mit der internationalen Polizei und der internationalen Eisenbahngesellschaft eingreifen, jedoch würden einige strategische Punkte in den Händen der Alliierten unter noch zu bestimmenden Bedingungen bleiben müssen. — Der „Matin“ behauptet, daß dieser Plan, abgesehen von einigen Punkten, die besonders Großbritannien interessieren, bei Bonar Law und seinen Mitarbeitern dem ersten Anschein nach keine Ausrüstung erzeuge. Man sehe daher nicht ein, warum er nicht die Billigung der belgischen Minister finden würde.

Aud wurde die eine Seitenwand durchbrochen und es kam die Mündung einer Kanone zum Vorschein. Es soll sich um 15 Zentimeter-Mörser handeln. Es erschien eine Kommission, bestehend aus Funktionären der Bahnverwaltung, des Arsenal und des Seeresministeriums, über deren Untersuchung strenges Stillschweigen bewahrt wird. Man vermutet, daß es sich um eine Sendung bayrischer Waffen für Ungarn handelt, und ist bemüht, auch den zweiten Waggon, der bereits abgerollt ist, noch sicherzustellen, bevor er das österreichische Gebiet verlässt hat.

Abberufung der englischen Mission aus Moskau.

Berlin, 13. April. (Sch. P. B.) Die „B. Z. am Mittag“ meldet aus London: In einer halbamtlichen Veröffentlichung der „Times“ kündigt die englische Regierung an, daß sie wegen der zwei Antwortnoten der Sowjetregierung auf die Forderung Englands zugunsten der zum Tode verurteilten Priester und wegen der Freibrände von englischen Flugdampfern in nordrussischen Gewässern die Abberufung der englischen Mission in Moskau befohlen hat.

Ausland.

Zür die Einigung der italienischen Arbeiterschaft. In der am Samstag und Sonntag abgehaltenen eingehenden Beratung der erweiterten Partei-Exekutive und der Gewerkschaftskommission wurde fast einhellig der Anschluß der Südtiroler Parteiorganisation an die Unitarische Sozialistische Partei Italiens beschlossen und hierbei der Wunsch auf recht baldige Wiedervereinigung aller Sozialdemokraten in eine einzige Partei zum Ausdruck gebracht.

Rapps Adjutant. Wien, 13. April. (Eigenbericht.) Wie die „Jungbrunner Volkszeitung“ berichtet, lebt der seinerzeitige Adjutant Rapps, Major Rapp unter dem Namen Peters als Stadtmagister der Heimwehren in Tirol. Er besitzt gefälschte Dokumente und hat in einer Tiroler Gemeinde sogar das Heimatsrecht erworben.

Verhaftete Freischärler. Aus Berlin, 13. ds., wird gemeldet: Auf dem Leipziger Hauptbahnhof wurden 17 bewaffnete Freischärler, die sich als Ruhrflüchtlinge ausgaben, verhaftet, da der Verdacht besteht, daß sie zur Unterstüßung eines Putzsches ausgesandt sind.

Frucht nicht heute: „Morgen will dieses oder das ich tun.“

Schwärze doch bis morgen stille, sage dann: „Das tat ich nun.“

Am mächtigsten ist, wer sich selbst in der Gewalt hat.

Wenn du siehst, daß das Leben einer Gesamtheit schlecht ist, und du es besser willst, so laß dir gesagt sein, daß es dazu nur ein Mittel gibt, nämlich: daß alle Menschen besser werden; dazu kannst du nur beitragen, indem du selbst besser wirst.

Tages-Neuigkeiten.

Der Geheimprozeß Halbhuder.

In der morgigen Nummer veröffentlichten wir den letzten Artikel über die Dokumente aus dem Geheimprozeß Halbhuder, und zwar eine Auslese aus dem Material, das die Hauptverhandlung gegen Prof. Dr. Straußler zu Tage gefördert hat. Die Aussagen der Zeugen vor dem geheimen Kriegsgericht in Wien verdichten sich zu einer furchtbaren Anklage nicht nur gegen Halbhuder, sondern gegen das ganze stuchbeladene System des I. I. Militarismus, der es verstand, auch die Wissenschaft in seinen nichtswürdigen Dienst zu stellen. Wir werden morgen an den Dokumenten aus dem Halbhuder-Prozeß aufzeigen, wie es dem kriegführenden Oesterreich gelang, die Wissenschaft, die ja immer noch die willige Dienerin des Kapitalismus und Imperialismus ist, zur Dürne des Militarismus zu erniedrigen. Führende Männer der medizinischen Wissenschaft, Leuchten der Prager deutschen Fakultät, haben sich nicht entblödet, durch ihre Aussagen den Schädling Halbhuder zu schützen, den die große Mehrzahl der eivernommenen Aerzte und Laien als gefährschwachen Ignoranten gekennzeichnet hatten. Alles, was durch die Dokumente aus dem Kriegsgerichtsprozeß der Rachwelt überliefert wurde, beweist, daß Halbhuder nicht nur geistig schwer defekt, sondern auch bar jedes höheren ethischen, jedes humanen und sozialen Empfindens war. Und trotzdem fanden sich Männer mit weit über Prag hinaus bekannten Namen, die sich für den mit Recht meistgeschmähten und beschmähten Halbhuder vor Gericht einsetzten. Wie sie dies taten und wie sie dadurch mittelbar und unmittelbar das Todesurteil über ihre eigene ärztliche Gewissenhaftigkeit sprachen, davon soll morgen die Rede sein.

Die Kreuzschreiber von Lobositz. Das kleine Städtchen Lobositz an der Elbe steht seit einigen Wochen in bester Aufregung. Es hat sich nämlich etwas noch nicht Dagewesenes ereignet, das die Gemüter aller Spieler von Lobositz in Wallung brachte: unsere Genossen im dortigen Ortsrat haben die Annahme ihres Antrages auf Entfernung der Kreuzen aus den deutschen Schulen von Lobositz durchgesetzt. Die Deutschbürgerlichen, die Kontreuren, wie die ehemaligen Lobdourumschreiber stimmten dagegen und der Vertreter der Gelben enthielt sich der Abstimmung. Nachdem nun im Ausschuss „Volkswie Wunder von Lobositz tüchtig verurteilt, machte recht“ ein sonniges Gedicht erschienen war, das sich ein Genosse den Spah und schickte der hakenkreuzerischen „Deutschen Arbeiterzeitung“ in Ruffia ein anderes Gedicht zur Entgegnung, das diese auch aufnahm und das folgenden Wortlaut hat:

Die heilige Dreieinigkeit von Lobositz.
Etwas Großes ist errungen:
Sozi, Sowjets, Judenhungen,
Einig — es ist zum Erbarmen! —
Liegen sie sich in den Armen!
Mutig rissen diese Käuze
Aus den Schulen alle Kreuze,
Daß die Kinder ja nicht glauben
Etwas andres, als aus Hanben!
Regt sich nichts gen solche Schmach?!!

Die Gelben waren jedenfalls froh, einen „Schlager“ gegen die verdammten Sozis gefunden zu haben und sind in ihrer blinden Wut — gründlich reingefallen. Die Anfangsbuchstaben des schönen Gedichtes lauten nämlich, wie jeder ablesen kann: „Esel Mader“, und dieser Mader ist jener Lobositzer Christlichsozialer Narr, den der sozialdemokratische Antrag um den Rest seines Verstandes gebracht hat. Anhängungslos verhöhnt also die deutschspeisende Zeitung, die sich so als Helfershelferin der Amerikaner zu erkennen gab, diese und sich selber. Erst stimmten die Gelben gegen den sozialdemokratischen Antrag und nahmen dann ein Gedicht auf, das die Sozialisten beschimpfen und die Amerikaner verteidigen sollte, und merkten nicht, daß es ein Erubenshund war, der sie und die anderen Spieler so laut anbellte.

Die bürgerliche Verleumdungs- und Lüge- und Schandpresse. Das den Deutschsozialen dienende „Trautenauer Tagblatt“ veröffentlichte am 23. Juli 1922 einen mit „Terror“ überschriebenen Artikel, in dem es von schweren Anklagen gegen den sozialdemokratischen Bürgermeisterversorger „Hawel“, von dessen „niedriger Gesinnung“ und „ordinärer Weise“ seines Verhaltens schrieb. Die Verantwortung für diesen Verleumdungsartikel übernahmen „die deutschsozialen Vertrauensmänner von Trautenau“, deren Unterschriften in der Redaktion des Blattes erlagen. Das „Trautenauer Tagblatt“ wollte durch den Abdruck dieses Artikels seinen Lesern Verachtung gegen den Mann einimpfen, der immer wieder die dunklen Kreise der bürgerlichen Politik in Trautenau mit Nachdruck stört. Genosse Hawel klagte das „Tagblatt“ am 20. d. M. hätte vor dem Schlichtungsrat in Wien die Verhandlung stattfinden sollen. Die Journaliste von Trautenau ließ es jedoch gar nicht zu einer Verhandlung kommen, bei einem Ausgleich — Ehrenerklärung und Kostendeckung an, wollte jedoch auch dieser Verpflichtung sich teilweise entziehen und brachte die Erklärung im Verfaß in der 1. April-Ausgabe, demit so die Erklärung den ersten Charakter verliere. Unsere Genossen ließen sich so etwas nicht bieten und das „Tagblatt“ war, wie das „Trautenauer Echo“ uns meldet, gezwungen, die Erklärung nochmals — und zwar etwas weniger unauffällig — zu veröffentlichen. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

Wir haben am 23. Juli 1922 über Erklären der deutschsozialen Partei unter der Aufschrift: „Der Terror. Schwere Anklagen der Deutschsozialen gegen den sozialdemokratischen Bürgermeisterversorger, Herrn Hawel“, einen Aufsatz veröffentlicht, in welchem Herr Hawel eine Reihe von beleidigenden Äußerungen gegen Herrn Stadtrat Fiebigler in den Mund gelegt wurden.

Nach eingeholten Informationen sind wie nicht in der Lage, den Inhalt des Artikels anzuerkennen und stehen nicht an, diesen Artikel mit den darin enthaltenen, gegen Herrn Fiebigler gerichteten Äußerungen vollinhaltlich zurückzunehmen.

Die Schriftleitung des „Trautenauer Tagbl.“

Außerdem zahlt das „Tagblatt“ 1000 Kronen an Projektkosten und wird sich diese Geschichte für die Zukunft wohl zur Warnung dienen lassen. Denn die Arbeiterschaft von Trautenau wird ein zweitesmal die Verleumder nicht so leichten Kaufes mehr davonkommen lassen.

Bethid Lawrence aus London sprach Donnerstag abends in Prag im Rahmen des Vereines „Frauenfortschritt“ über „englische Frauen in der Politik“. Bethid Lawrence ist Mitglied der englischen Labourparty und einer ihrer hervorragendsten finanziellen Ratgeber. Bethid Lawrence schilderte zuerst die Kampfspropaganda für das Frauenstimmrecht in England; sowohl er als auch seine Frau spielten in diesem Kampfe eine hervorragende Rolle. Er erzählte, daß die Gesellschaft, der er angehörte, einmal nicht weniger als 200 Versammlungen in einer Woche abhielt; zur Erreichung des Frauenstimmrechts wurde auch eine Kampfbewegung durchgeführt, in deren Verlauf er auch ins Gefängnis gebracht wurde und erst nach Durchführung eines Hungerstreikes freigelassen wurde. Die Propaganda war von Erfolg gekrönt und im Jahre 1917 erhielten die Frauen Englands das Stimmrecht. Seither erhielten die Frauen auch das passive Wahlrecht für das Parlament und zwei englische Frauen sind Mitglieder des „House of Commons“. Sie haben auch das Recht erlangt, sich als Advokaten niederzulassen und in den Staatsdienst unter gleichen Bedingungen wie die Männer einzutreten. Weitere Ziele, die die Frauen zu erreichen streben, sind das allgemeine Stimmrecht für Frauen und „gleiche Entlohnung für gleiche Leistung“, besonders auf dem Gebiete des Unterrichtswezens. Die führenden Frauen Englands interessieren sich aber auch ganz besonders für internationale Angelegenheiten. Als Mütter sehen sie es als ihre Aufgabe an, für die Verhinderung weiterer Kriege zu kämpfen. Sie sind der Ansicht, daß Streitigkeiten zwischen zwei Völkern in ähnlicher Weise geschlichtet werden können, wie Streitigkeiten zwischen irgend welchen anderen Menschengruppen — durch gegenseitiges Uebereinkommen. Sie sind sich dessen vollkommen bewußt, daß die Friedensverträge viele schwere Fehler enthalten und daß eine gründliche Revision dieser Verträge unbedingt erforderlich ist. Insbesondere ist es ganz unumgänglich, die Reparationsforderungen zu erfüllen; diese Bestimmungen haben unfähiges Geld über die Völker gebracht, und zwar nicht nur über die Besiegten, sondern auch über die Sieger. Die englischen Frauen sehen die Ruhrinvasion als höchst bedauerlich an. Sie haben den Leiden der französischen Bevölkerung die größten Sympathien ent-

tische Lehrern auf die Kenntnis der tschechischen Sprache geprüft. Wer nicht erschien, wurde unter Strafandrohung neuerlich vorgeladen, so daß Eltern selbst mit kranken Kindern den weiten Weg machen mußten.

Gegen alle diese Schikanen wurde von der Rechtschreibstelle Rekurs an die Landesverwaltung, an das Ministerium und selbst den Verwaltungsgerichtshof erhoben, dem aber keine ausschließende Wirkung zuerkannt wurde. Schließlich gelang es durch eine Intervention beim Ministerium doch, diese Straferkenntnisse bis zur Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes zu stunden. Die tschechischen Schullehrer jedoch gaben keine Ruhe, weil sie die Kinder zur Ausfüllung der leeren Schulen brauchten, und die Bezirksverwaltung gab sich gerne zur Wehre. Im Jänner 1923 erhielten eine Reihe Eltern neuerdings Vorladungen zur Schulleitung, denen die Vorladung zur Bezirksverwaltung folgte. Als dies wieder nichts nützte, erhielt die deutsche Schulleitung neuerdings unter Strafandrohung den Auftrag, die Kinder sofort auszusuchen, was auch geschah. Die Eltern jedoch erhielten von der Bezirksverwaltung den Auftrag, ihre Kinder in die tschechische Schule zu schicken und wenn sie ihnen Privatunterricht erteilen lassen, dann dürfte dies nur tschechisch geschehen und müßte die Weidung davon an den tschechischen Bezirksschulrat erfolgen. Gleichzeitig hat jede Partei für die bisherigen Schulverhältnisse 100 K Strafe zu zahlen. Nicht genug damit, wurden die Eisenbahner auch von den Bahnorganen mit der Verfehlung bedroht. Um dieser Drohung wahrscheinlich mehr Nachdruck zu verleihen, erschienen am 5. April d. J. ein Gen darm in der Wohnung derselben, um sie im Auftrage der Bahndirektion auszumessen und sich um die Rüdigungstermine zu erkundigen. Schulbehörde, politische Behörde und Dienstgeber arbeiten daher einträchtig zusammen, um die Eltern müde zu machen.

Diese Qualereien dauern nun schon über zweieinhalb Jahre. Dabei handelt es sich um Kinder, deren Mütter deutscher Abstammung sind und die kein tschechisch verstehen. Die Väter jedoch beherrschen die Dienstsprache vollkommen, sodaß ihnen von dienstlicher Seite nichts vorgeworfen werden kann. Sie erklären, daß sich keine Regierung bisher um die Erziehung der Kinder gekümmert und verteidigen nur ihr primitives Elternrecht. Sie sind zum Teil auch von der Sorge um das Fortkommen der Kinder erfüllt, deren ganzes Unterrichtsresultat aus ihrem bisherigen Schulbesuche verloren zu gehen droht, umso mehr als Kinder deutscher Eltern wenig Aussicht haben, in Zukunft im tschechischen Staatsdienste unterzukommen.

Zum Schlusse wird man sie doch unterkriegen, denn der Kampf wird rücksichtslos mit ungleichen Waffen geführt.

Wenn angesichts dieser durchaus nicht vereinzelt bestehenden Tatsachen noch jemand den Mut aufbringt, von Freiheit und Gleichberechtigung der Deutschen in diesem Staate zu schreiben, der möge diese jahrelangen Qualereien am eigenen Körper probieren. Dergleichen Dinge haben sich im alten reaktionären Oesterreich nicht ereignet!

S. W.

Inland.

Ehrenbeleidigungsklage Dr. Urbensky gegen den Volksgeschichtswissenschaftler Dr. Zizlov die erste öffentliche Versammlung der tschechischen unabhängigen Sozialisten statt. Im Namen der vier ausgeschlossenen Abgeordneten teilte Abg. Dr. Urbensky mit, daß er durch Dr. Bartoschek die Ehrenbeleidigungsklage gegen den gesamten Volksgeschichtswissenschaftler Dr. Zizlov erhoben habe, da dieser wegen der Abstimmung der vier ausgeschlossenen beim Gesetze zum Schutze der Republik diese öffentlich einer unehrenhaften Handlung bezichtigt hat. Diese Bezeichnung wurde bekanntlich im „Ceske Slovo“ am 9. März ausgesprochen. Urbensky sprach weiter in der Versammlung, die überaus zahlreich besucht war, über die Entwicklung der tschechischen

slowakischen Republik von der Demokratie zur Reaktion. Dr. Urbensky erklärte, daß ähnliche Ansichten wie er über die Koalition demokratischer Kräfte habe. Dieser sei aber von Bednyne in den Hintergrund gedrängt worden. Bednyne habe ein besonderes Verdienst um die Schwächung des Sozialismus in diesem Staate. Weiters sprach außer der Abg. Van dasy auch der Redakteur Rozal, der erklärte, daß er aus der Redaktion des „Ceske Slovo“ wegen Schreibens folgender Artikel ausgeschlossen worden sei: 1. wegen des Artikels, in dem er sich gegen die Herabsetzung der Vermögensabgabe wandte, 2. wegen eines Artikels, in dem er sich gegen die Todesstrafe wandte und 3. wegen eines Artikels, in dem er die Befreiung einiger Schichten des Ausnahmengesetzes forderte. — Das neue Blatt der tschechischen Unabhängigen „Socijalista“ erscheint ab 1. Mai täglich. — Der „Klub der tschechischen sozialistischen Studenten“ hat sich aufgelöst. Eine beträchtliche Anzahl von Studenten haben den Klub verlassen und eine „Vereinigung der tschechischen unabhängigen sozialistischen Studentenschaft“ gegründet, die mit den sozialistischen Studenten aller Nationalitäten zusammen arbeiten will, jeden politischen Opportunismus verwirft und sich zum Klassenkampf bekennt.

Der 1. Mai der tschechischen Unabhängigen. Die tschechische unabhängige sozialdemokratische Partei erläßt folgenden Aufruf: Die Folgen des kapitalistischen Weltkrieges drücken schwer auf das gesamte europäische Leben. Die wirtschaftliche und finanzielle Krise Europas dauert an und ihre Lasten sollen auf die Schultern des arbeitenden Volkes abgewälzt werden. Die Konflikte zwischen den einzelnen Gruppen der europäischen Industriellen und Finanzleute verschärfen sich mit jedem Tag und die Möglichkeit neuer Kriege ist sehr wahrscheinlich. Die wirtschaftliche Reaktion ist eine Stütze des politischen und kulturellen Reaktion, welche ganz Europa erfasst hat. Als Abwehr gegen den Angriff der Reaktion muß eine Arbeiterfront gebildet werden, die aufgebaut wäre auf Grundlage des gegenseitigen Vertrauens der sozialistischen Arbeiter, auf Grundlage des Klassenbewußtseins und der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse. Die sozialistische Vereinigung hat den Grundstein zur Errichtung dieser Front in unserer Republik gelegt. Den 1. Mai 1923 feiert die Partei gemeinsam mit der Partei der unabhängigen tschechischen Sozialisten und mit allen Anhängern der über der sozialistischen Vereinigung. Sie entwickelt folgendes Programm: 1. Die Solidarität des Proletariats, 2. Die wirtschaftliche und politische Demokratie der Republik, 3. die Freiheit der Ueberzeugung gegenüber dem Merkantilismus und 4. Frieden zwischen den Nationen.

Die Eisenbahner am 1. Mai. Der Vorstand der „Jednota der Angestellten der tschechoslowakischen Staatsbahnen“ hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, daß am 1. Mai 1923 die Arbeit aller Zweige der Angestellten von 11 bis 12 Uhr mittags ruhen soll. In dem Aufrufe heißt es, daß der heutige 1. Mai eine Kundgebung des sozialistischen arbeitenden Volkes für ein Programm ist, das in unserem selbständigen Staate proklamiert werde: „Wir müssen der Reaktion aller Richtungen beweisen, daß ihr Bestreben, den Sozialismus unmöglich zu machen und aus der Spaltung der sozialistischen Massen Vorteile zu ziehen, unmöglich ist. Unsere Kundgebung muß ein Warnungsruf für alle jene sein, welche die gegenwärtige reaktionäre, politische und soziale Konjunktur zur Verdrängung arbeitender Schichten um die Erwerbungsrechte der Oktoberrevolution bringen wollen. Damit die Kundgebung der Eisenbahnerorganisation einheitlich wäre, hat die Jednota die übrigen Eisenbahnervereine zu einer Beratung über eine gemeinsame Kundgebung eingeladen. Als Hauptforderungen der Kundgebung werden bezeichnet: Ersatz der durch das Gesetz 394 verursachten Schäden, energische Maßnahmen der Regierung gegen die neuerlich steigende Teuerung, Erledigung der bisher nicht erfüllten Forderungen der Eisenbahnangestellten.

Die Sozialversicherungsvorlage trägt den Titel „Gesetz über die Versicherung der Arbeiter und Angestellten im Falle der Krankheit, der Invalidität und des Alters“. Der erste Teil um-

faßt die allgemeinen Bestimmungen und gliedert sich in vier Abschnitte. Der erste Abschnitt behandelt den Umfang der Versicherung und der Versicherten (§§ 1—7), der zweite Abschnitt enthält Bestimmungen über die Arbeitgeber (§§ 8 und 9), der dritte Abschnitt enthält Bestimmungen über Lohn und die Lohnlisten (§§ 10—16), der vierte Abschnitt behandelt die An- und Abmeldung (§§ 17—23). Der zweite Teil behandelt die Organisation der Versicherung überhaupt und gliedert sich in fünf Abschnitte. Den ersten Abschnitt über die Organisation der Krankenversicherung (§§ 24—71), den zweiten Abschnitt über die Organisation der Invaliden- und Altersversicherung (§§ 72—83), der dritte Abschnitt über Bestimmungen über die gemeinsame Organisation (§§ 84—85), den vierten Abschnitt über die Aufsicht über die Versicherungsinstitute (§§ 86—92) und den fünften Abschnitt über die Versicherungsinstitute und ihre Aufgaben (§§ 93—94). Der dritte Teil behandelt die Versicherungsleistungen und gliedert sich in vier Abschnitte: in den ersten Abschnitt über die Zahlungen für die Krankenversicherung (§§ 95—105), den zweiten Abschnitt über die Zahlungen für die Invaliditäts- und Altersversicherung (§§ 106—131), den dritten Abschnitt über gemeinsame Bestimmungen der Zahlungen (§§ 132—139), und den vierten Abschnitt über den ärztlichen Dienst (§§ 140—156). Der vierte Teil behandelt die Höhe der Versicherungsbeiträge und gliedert sich in zwei Abschnitte: den ersten Abschnitt über die Versicherungsbeiträge (§§ 157 bis 177) und den zweiten Teil über die Wirtschaft in den Versicherungsanstalten (§§ 178—185). Der fünfte Teil behandelt das Schiedsgerichtsverfahren und gliedert sich ebenfalls in zwei Abschnitte. In den ersten Abschnitt über das Verfahren selbst (§§ 186—196) und in den zweiten Abschnitt über die Zusammenfassung des Schiedsgerichtes (§§ 197—238). Der sechste Teil enthält die Schlußbestimmungen, die Durchführungsbestimmungen und die Strafbestimmungen (§§ 239—289).

Das Gesetz über den Jugendurlaub. Im Exekutivauschuß der tschechischen sozialistischen Jugend erstattete der Sekretär Bericht über die Verhandlungen mit der tschechischen und deutschen sozialdemokratischen Jugend in Angelegenheit einer gemeinsamen Aktion bei den Abgeordneten wegen Verwirklichung des Gesetzesentwurfes über bezahlte Urlaube für jugendliche Angestellte. Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen, ebenso der Bericht über die Entsendung zweier Delegierter des Zentralerekutivauschusses zum Kongreß der internationalen sozialistischen Jugend in Hamburg in den Pfingstfeiertagen.

Aus dem Parlament. Die nächste Sitzung des Senates findet am Montag, den 23. April, um fünf Uhr nachmittags, statt. Auf der Tagesordnung befindet sich unter anderem auch das Gesetz über die Fortpflanzung der Wirtschaftstiere, weiter das Gesetz über Gebührenerweiterung bei Hypothekensforderungen und die Immunitätsangelegenheit des Senators J. Vlaho. — In der am Dienstag stattfindenden Sitzung des Abgeordnetenhauses wird in der Debatte auch Finanzminister Veska das Wort ergreifen. Da in dieser Debatte Redner aller Parteien das Wort ergreifen werden, wird wohl über die Regierungserklärung erst in späterer Nachtstunde abgestimmt werden. In der Mittwochsitzung des Hauses werden die Ritzerschußvorlagen in Beratung gezogen, die innerhalb einer Woche erledigt sein sollen. — In der gestrigen Sitzung des Volksgeschichtswissenschaftler der koalierierten Parteien wurde unter anderem zur Kenntnis genommen, daß die Regierung beabsichtigt, bezüglich der Herabsetzung der Advokaten- und Notartarife einzuschreiten. Hierbei wurde beschlossen, die Regierung aufzufordern, die Tarife für Leistungen von Ingenieuren, Geometern, Baumeistern sowie auch die ärztlichen Honorare in gleicher Weise zu regeln. — Im „Jehnerate“ wurde auch über das Anerbieten der Vereinigung der Bauunternehmungen gesprochen, die unter bestimmten Bedingungen bereit sind, die Durchführung und Finanzierung staatlicher und öffentlicher Bauten bei Ausrüstung der staatlichen Investitionsanleihe zu übernehmen. — In der Sitzung wurde unter anderem konstatiert, daß im verfloffenen Jahre an

Arbeitslosenunterstützungen 220.300.622 Kronen ausgezahlt wurden und daß heuer der für diese Budgetpost zu diesem Zwecke von den beiden Kammern bewilligte Betrag bereits erschöpft ist. Aus diesem Grunde wendete sich der Fürsorgeminister an die Regierung und die Nationalversammlung um Bewilligung weiterer Mittel; er verlangt 220 Millionen Kronen, weil die Arbeitslosigkeit bisher, und zwar in bedeutendem Maße andauert.

Schon wieder eine neue Petta. Im Parlament hat sich eine neue Finanzpolitik gebildet. Diese Petta, deren Mitglieder die Abgeordneten Chalupa, Englisch, Rossel, Cerny und Sidi sind, hat zunächst die Aufgabe, an die Grundfragen der Novellierung der Gesetze über die Vermögensabgabe und die Vermögenszuwachssteuer zu arbeiten.

Der Bau tschechischer Minderheitsschulen in Böhmen, Mähren und Schlesien auf Staatskosten. Einer amtlichen Mitteilung des Ministeriums für öffentliche Arbeiten entnehmen wir: Für den Bau von Minderheitsschulen wurden in den verfassungsmäßig genehmigten staatlichen Investitionsbudgets des Ministeriums für öffentliche Arbeiten für das Jahr 1922 ein Betrag von 30 Millionen Kronen und für das Jahr 1923 ein Betrag von 39 Millionen Kronen eingereicht. Im Jahre 1922 wurden durch das Ministerium für öffentliche Arbeiten insgesamt 55 neue Schulgebäude von dem veranschlagten Bauaufwande von 36.974.000 Kronen erbaut, wovon 36 auf Böhmen, 16 auf Mähren und 3 auf Schlesien entfallen. Von diesen 55 insgesamt 167 Klassen und 7 Turnhallen enthaltenden Schulgebäuden sind 43 Gebäude für Volksschulen und 5 für Bürgerschulen, sowie 7 für gemischte Schulen (Volkss- und Bürgerschulen) bestimmt. Von den im Jahre 1922 durchgeführten Bauten wurden in demselben Jahre 6 Gebäude fertiggestellt und den Schulzwecken bereits zugeführt, bei den übrigen 49 wird dies längstens ansangs des Schuljahres 1923—24 der Fall sein. Für die Vollendung dieser zehn Bauten wurden von dem im Jahre 1922 für den Bau von Minderheitsschulen bestimmten Kredite 1.251.545 Kronen ausgezahlt. Um zukünftig auf jeden Fall eine geeignete Platzierung tschechischer Schulen in den national gefährdeten Gemeinden Karwin, Freistadt, Oderberg-Whf. und Schönicht zu sichern, hat der Staat für das Jahr 1922 für den Betrag von 10.885.969 Kronen neue Schulgebäude, die von diesen Gemeinden nach dem staatlichen Ankauf errichtet wurden, angekauft. Im Bauprogramm für das Jahr 1923 wurde der Bau weiterer 29 Schulgebäude mit 28.180.000 Kronen eingereicht, wovon 15 Gebäude auf Böhmen, 7 auf Mähren und 7 auf Schlesien entfallen. Von diesen neuen Schulgebäuden, die 128 Klassen und 11 Turnhallen haben, sind 20 für Volks-, 4 für Bürger- und 5 für gemischte Schulen (Volkss- und Bürgerschulen) bestimmt. Nach dem jetzigen tatsächlichen Stande der Bauaktion der Minderheitsschulen werden daher im Jahre 1923 gebaut werden: 1. 40 im Jahre 1922 bereits begonnene Bauten mit einem Kostenaufwande von 21.295.477 Kronen; 2. 20 weitere neue Schulbauten mit einem Kostenaufwande von 28.180.000 Kronen. Für den bereits amtlich durchberatenen Kauf von 17 fertigen Bauten zur Unterbringung von Minderheitsschulen wird im Jahre 1923 ein Betrag von 5 Millionen Kronen notwendig sein. Das festgesetzte weitere Bauprogramm von Minderheitsschulen stellt daher in finanzieller Hinsicht für das Jahr 1923 einen Gesamtbetrag von 54.475.477 Kronen vor.

Die Revolution in Südjina.

London, 12. April. (Sch. P. B.) Aus Shanghai wird gemeldet: Das erste Geschwader der chinesischen Flotte, das hier stationiert ist und aus einem Kreuzer und vier Kanonenbooten besteht, hat sich in einem Manifest für unabhängig von der Regierung erklärt und den Rest der ganzen Flotte aufgefodert, sich der Revolution anzuschließen. Das Geschwader hat sich somit der südchinesischen Republik unter Sunyatsen, dem revolutionären Führer in Canton, angeschlossen.

Das Schöne in der Kunst.

Von Hugo Feigl (Berlin).

Vom franzossischen Schriftsteller Peladan stammt der Ausspruch: „Die einzige Rechtfertigung für die Kunst ist die Schönheit.“ Bekannt man sich zu diesem Satz, so scheint es, als würde die moderne bildende Kunst dieser Rechtfertigung ermangeln, denn nur selten hört man in einer Ausstellung zeitgenössischer Maler den Ausspruch: „Das ist schön.“ Weitaus häufiger ein geradezu abfälliges Urteil und verständnisloses Lachen. Und dennoch kann man ernstlich annehmen, daß eine Anzahl reifer, geistig regsamere Männer Deutschlands und Frankreichs seit Jahren kein anderes Ziel ihrem Schaffen gesetzt haben, als von Zeit zu Zeit die breiten Massen der Kunstfreunde zu ärgern? Sicherlich nicht. Also muß es ihnen wohl blutiger Ernst um diese Farbenmischlange und verzeihneten Menschenfragen sein und wir anderen haben nur kein Organ, diese Art Schönheit zu empfinden? Vielleicht.

Die Idee der „Schönheit“ ist etwas Wandelbares. Sie ändert sich für den einzelnen mit seinen Jahren, für die Menschheit mit Generationen. Betrachten wir einmal das Nächstliegende: die Frauenschönheit. Jemand heiratet aus Liebe

eine nicht gerade schöne Frau. Es ist durchaus nicht selten, daß solche Männer nach einiger Zeit ihre Frau schön finden, ja ihre häßlichen Züge geradezu lieb gewinnen. So haben gewisse Zeitalter zum Ideal der Frauenschönheit das Schlanke, Blah-Vergeistigte und fast Krankhafte erhoben (die englischen Paraffasiten, deutsche Romantiker) und andere das Gesunde, Volle, Erdschwere (Hochrenaissance). Die Schönheit in der Kunst, welche letztere ja nichts anderes ist als der restlose Ausdruck alles menschlichen Sehens und Verlangens, ist nun, wie dieses selbst, einer steten Veränderung unterworfen. Mit den Menschen ändern sich ihre Kunstideale. „Impressionismus“ und „Expressionismus“ sind nichts Neues unter der Sonne. Schon vor mehr als tausend Jahren gab es Expressionisten (wie die Miniaturen der Wiener Genies zeigen), schon vor mehr als zweihundert Jahren Impressionisten. Und es ist kein Zufall, daß verschiedene Zeitalter ähnliches Kunststreben, ähnliche Schönheitsideale ein ähnliches geistiges Gefüge verraten. Geistiges Gefüge, das heißt das Lebenstempo, der Rhythmus des Denkens und die Wege, die das Denken einschlägt, um den Menschen zur sittlichen Höhe zu bringen. Man kann von einem heutigen Maler, der mitten in einer Zeit unerhörter politischer und geistiger Umwaltungen steht, dessen Blut den Pulsschlag seiner Zeit schlägt, mit Zug

nicht verlangen, er solle mit der Abgefarrtheit eines antiken Griechen einen Idealkopf malen oder meißeln. Vielleicht würde er es zutwege bringen. Doch das Produkt würde etwas ohne innere Anteilnahme des Künstlers Entstandenes und daher Unwahres, wie man es kalt und nachtern als Gipschmud unserer Häuser sehr oft findet.

Der schöpferische Künstler geht in der Erkenntnis seiner Zeit und andern voran. Er hat ein schärferes Ohr, um zu hören, und ein schärferes Auge, um zu sehen. Wir verstehen ihn deshalb nicht gleich und vermiffen oft die „Schönheit“ seiner Werke. Aber Erziehung zur Kunst und der bloße Ablauf der Zeit bringt uns ihrer Sprache näher. Als gegen Ende des vorliegenden Jahrhunderts die franzossischen Impressionisten Manet, Monet, Coganne ihre erste Ausstellung in Paris veranstalteten, wurden ihre Bilder bespott, dieselben Bilder, die uns heute nach dreißig Jahren abgefarrt und klassisch erscheinen. So war der Künstler seiner Zeit vorgeeilt.

Der Stempel unseres Zeitalters ist Revolution im weitesten Sinne des Wortes. Revolution im geistigen und wirtschaftlich-politischen Leben. Diese Unruhe und gleichzeitige Sehnsucht nach einer Flucht aus ihr, dreißigt sich in allen

Zweigen aus. Aber nicht alles, was man heute in Ausstellungen zu sehen bekommt, ist Kunst und daher schön. Hinter beabsichtigten Zeichnungen und grellen Farbenmischungen verbirgt sich sehr oft Nichtskunnen. An solchen Bildern mag man achlos vorbeigehen. Wohl sind aber alle ähnlichen Werke, hinter denen ein erster Wille steckt, ihrer Bestimmung nach zu verstehen. Das Revolutionäre, das in den Künstlern ist, setzt sich in Kampfstellung gegen alle übernommenen Kunsttraditionen um. Sie sprennen die schön geschwungene Linie durch ein unruhiges Fadzack und die glatte, zarte Farbenharmonie durch biden Farbauftrag und auf die Spitze getriebene Kontraste. Gibt es aber einen Meister moderner Malerei (an den Fingern der Hände kann man sie abzählen), der es verstanden hat, die wichtigsten Züge seiner Zeit in der Sprache des Pinsels wahrhaftig zu verewigen, dessen Werk wird sicher nicht die erhabene Ruhe einer Monna Lisa ausstrahlen, aber dafür in den Wutenfranz des Schönen in der Kunst vergangener Generationen eine neue Blüte einflchten und das Schönheitsideal unserer Zeit allen kunstigen vermitteln.

Telegramme.

Französisch-belgische Besprechungen.

Paris, 13. April. (Tsch. P. B.) Die belgischen Minister Drenth und Jaspar sind kurz nach 1 Uhr Mittag in Paris eingetroffen. Die Konferenz am Quai d'Orsay begann um 3.25 Uhr. Nach Schluß der Sitzung wurde der Presse folgende amtliche Mitteilung überreicht: Die belgische und französische Regierung sind in gleicher Weise entschlossen, ihre Aktion im Ruhrgebiete fortzusetzen, bis Deutschland sich einschließt unmittelbare Vorschläge für die Bezahlung der Reparationen zu machen. Beide Mächte haben eine ganze Reihe neuer Maßnahmen ins Auge gefaßt, um ihren Druck zu verstärken und solange fortzusetzen, als es nötig sein wird. Sie haben außerdem eine Anzahl von Beschlüssen gefaßt, um die Abfuhr von Kohle und Koks zu beschleunigen, den Eingang der Kohlensteuer sicherzustellen und den Betrieb der Eisenbahnen immer mehr zu verbessern. Sie werden morgen vormittag wieder zusammenzutreten, um namentlich die Frage über die Durchführung der interalliierten Dienststellen, die Verwendung des Ertrages der Pfänder, der Geldstrafen und der Kapitalbeschlagnahme, sowie die Sachlieferungen usw. zu prüfen.

Spernung der englischen Koisanzuhr nach Frankreich?

Paris, 18. April. „Journal Industriel“ teilt mit, daß der englische Geschäftsträger in Paris vorerstern Poincaré erklärt habe, die englische Regierung müsse die Kohlausfuhr nach Frankreich einschränken. Das Blatt gibt diese Nachricht unter Vorbehalt wieder. Es bemerkt hierzu, daß, wenn sich diese Nachricht bestätigen würde, für die französischen Industriebetriebe große Schwierigkeiten entstehen müßten, die nach Einstellung der Kohlausfuhr aus dem Ruhrgebiete auf den englischen Schmelzofen angewiesen sind.

Sozialdemokratie und Reichsregierung

Berlin, 13. April. (Eigenbericht.) In der bürgerlichen Presse wird die Meldung verbreitet, daß sich in der Sozialdemokratie zwei Flügel gebildet hätten, denen einer unter Führung Breitscheldts eine aktivere Politik der Regierung verlange, während der andere mit der Politik Cuno's unverstanden sei. Wie sich bei der gestrigen Sitzung der sozialdemokratischen Reichsversammlung zeigte, herrscht in der Partei vollste Uebereinstimmung darüber, daß man von der Regierung eine aktivere Politik fordern müsse. Von einer Bildung zweier Flügel kann keine Rede sein.

Zwangsausqualierung von Eisenbahnern.

Wien, 12. April. (Wolff.) Die Zahl der in Neuf aus den Wohnungen vertriebenen Eisenbahnerfamilien ist auf 36 gestiegen. In St. Pölten mußten 20 Dienstwohnungen am Hauptbahnhofe geräumt werden. Der gleiche Befehl ist an 5 Beamte in Södingen ergangen.

Ausweisung des Koblenzer Regierungspräsidenten.

Berlin, 13. April. Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung“ aus Koblenz wurde gestern der Regierungspräsident von Koblenz, Doktor Brand, in seiner Wohnung von den Franzosen verhaftet und aus dem besetzten Gebiete ausgewiesen.

Bayrische Rechtsbegriffe.

Berlin, 13. April. (Eigenbericht.) Die Münchener Polizei gab vor, den Journalisten Franz Buttkamer verhaftet zu haben, weil er der Teilnahme an dem Attentatsversuch auf Scheidemann verdächtig sei. Wie die „Münchener Post“ nunmehr nachweist, war es gerade Buttkammer, der das Attentat verhinderte, da auf seine Veranlassung der Student Baur verhaftet wurde. In München werden, wie es scheint, alle Rechtsbegriffe auf den Kopf gestellt.

Schwere Industriekrise in Oberschlesien.

Berlin, 13. April. Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus Katowitz: Polnisch-Oberschlesien steht unmittelbar vor einer schweren Wirtschaftskrise. Einige Betriebe Polnisch-Oberschlesiens haben bereits Arbeiterstreckungen vorgenommen, weitere sollen folgen. Die Wirtschaftskrise ist darauf zurückzuführen, daß die Abnehmer der Oberschlesischen Produkte ihren Bedarf mit tschechischen Waren decken, da sie sich trotz des Ein- und Ausfuhrzoll'es um 10 Prozent billiger stellen als die ober-schlesischen Produkte. Bis jetzt sind nur die Eisenhütten von der Krise bedroht. Die Herstellungs-kosten sind in Oberschlesien so hoch, daß der Absatz unmöglich wird.

Waffen Schmuggel aus Bayern nach Ungarn.

Wien, 13. April. Wie der „Tag“ meldet, kamen am vergangenen Samstag auf dem Wiener Nordbahnhofe zwei Waggons an, als deren Inhalt „Altes Eisen“ angegeben war. Die beiden Waggons waren für Budapest bestimmt. In Wien wurde die Deklaration „Altes Eisen“ in „Holz bearbeitungs maschinen“ geändert. Bei der Kontrolle bestätigte der Magaziner, er hätte den Inhalt gesehen, die beiden Waggons enthielten wirklich Maschinen. Vorgestern war aber einer der Waggons ohne Frachtkarte verschwunden. Der zweite Waggon sollte gestern gegen Budapest weiterrollen. Gestern wurde er verschoben und bei einem plötzlichen

Der Reparationsplan Poincarés.

Paris, 13. April. (Tsch. P. B.) Der „Matin“, ein Poincaré sehr nahestehendes Blatt, sagt: Obwohl zwischen den Absichten der französischen Sachverständigen und den Vorschlägen, denen Louchet seinen Stempel aufgedrückt hat, bedeutende Differenzen bestehen, könne man die augenblicklichen Wünsche Frankreichs folgendermaßen zusammenfassen: Es sei wünschenswert, die Grundlage des Londoner Zahlungsplanes nicht abzuändern. Die Reparationskommission habe die deutsche Schuld mit 132 Milliarden Goldmark festgesetzt. Es bestehe gar kein Grund, daran etwas zu ändern, jedoch könnten Modalitäten eingeführt werden, daß die Höhe der deutschen Schuld tatsächlich herabgesetzt, zu gleicher Zeit aber auch die Zahlungen in den nächsten Jahren beschränkt werden. Wenn Frankreich in ungefähr zehn Jahren, dank internationalen Kreditoperationen, 26 Milliarden Goldmark bekäme, die keine Ausgaben für die verwüsteten Gebiete bilden, dann sei es für den Rest zu Konzessionen bereit. Der Teil der deutschen Schuld, dessen Mobilisierung dringend für die Priorität gewährt werden müsse, setze sich zusammen aus diesen 26 Milliarden Goldmark, den Reparationen für Italien, Serbien und Rumänien, der belgischen Priorität, einschließlich der belgischen Reparationssummen, endlich aus den alliierten und amerikanischen Besatzungskosten, sowie den an die deutschen Bergarbeiter bezahlten Prämien. Der Rest der ersten 50 Milliarden Goldmark könnte annulliert oder auch später übertragen werden, wenn es sich um die Pensionen handelt. England, welches bei dieser Kombination bedeutende Opfer bringen müßte, müsse die Sicherheit erhalten, daß ihm die Jahreszahlungen an Amerika zur gegebenen Zeit durch deutsche Zahlungen garantiert werden. Darüber müßte noch diskutiert werden. Es könnte sich dabei einschließlich der Zinsen um 200 bis 600 Millionen Goldmark jährlich handeln. Das Wesentliche bei dem neuen Plane sei, daß

man aus den Schatzbons A und B zwei Teile machen wolle. Einen von 40 Milliarden Goldmark, der in den nächsten zehn Jahren durch Anleihen flüssig gemacht werden müsse, einen anderen, der je nach den Bedürfnissen des englischen Schatzbans flüssig zu machen wäre. Was die 82 Milliarden der Serie C betrifft, so müßten Sie Frankreich die Mittel geben, die auswärtigen Gläubiger, namentlich England und die Vereinigten Staaten, zu entschädigen. Auch Italien müsse in den gleichen Stand gesetzt werden. Allerdings sei Italiens Anteil an den deutschen Forderungen geringer als seine auswärtige Schuld, während bei Frankreich das Gegenteil der Fall sei. Die Schatzbons der Serie C würden übrigens kein einfaches Blatt Papier sein, denn sie würden garantiert durch gewisse Einnahmen des Deutschen Reiches. Es hänge nur noch von England und Amerika ab, sie zu annullieren. Territoriale Garantien seien die Befestigung des Ruhrgebietes und der Rheinlande, die während der ersten zehn Jahre gradweise verringert und nach dieser Frist für Ende finden könnte unter der Bedingung, daß die notwendigen 40 Milliarden Goldmark für sofortige Reparationen durch Anleihen gedeckt würden und ein neues Regime mit einer gemischten Kommission gefunden würde, das dem französischen Sicherheitsbedürfnis Befriedigung gäbe. Der Völkerbund könnte jedann mit der internationalen Polizei und der internationalen Eisenbahngesellschaft eingreifen, jedoch würden einige strategische Punkte in den Händen der Alliierten unter noch zu bestimmenden Bedingungen bleiben müssen. — Der „Matin“ behauptet, daß dieser Plan, abgesehen von einigen Punkten, die besonders Großbritannien interessieren, bei Bonar Law und seinen Mitarbeitern dem ersten Anschein nach keinen Aufstoß erregt. Man sehe daher nicht ein, warum er nicht die Billigung der belgischen Minister finden würde.

Auch wurde die eine Seitenwand durchbrechen und es kam die Mündung einer Kanone zum Vorschein. Es soll sich um 15 Zentimeter-Mörser handeln. Es erschien eine Kommission, bestehend aus Funktionären der Bahnverwaltung, des Arsenals und des Geheimministeriums. Über deren Untersuchung strenges Zillschweigen bewahrt wird. Man vermutet, daß es sich um eine Sendung bairischer Waffen für Ungarn handelt, und ist bemüht, auch den zweiten Waggon, der bereits abgerollt ist, noch sicherzustellen, bevor er das österreichische Gebiet verlassen hat.

Abberufung der englischen Mission aus Moskau.

Berlin, 13. April. (Tsch. P. B.) Die „V. Z.“ am Montag“ meldet aus London: In einer halbamtlichen Veröffentlichung der „Times“ kündigt die englische Regierung an, daß sie wegen der zwei Antwortnoten der Sowjetregierung auf die Forderung Englands zugunsten der zum Tode verurteilten Priester und wegen der Festnahme von englischen Fluchtdampfern in nordrussischen Gewässern die Abberufung der englischen Mission in Moskau befohlen hat.

Ausland.

Für die Einigung der italienischen Arbeiterschaft. In der am Samstag und Sonntag abgehaltenen eingehenden Beratung der erweiterten Partei-Exekutive und der Gewerkschaftskommission wurde fast einhellig der Anschluß der Südtiroler Parteiorganisation an die Unitarische Sozialistische Partei Italiens beschlossen und hierbei der Wunsch auf recht baldige Wiedervereinigung aller Sozialdemokraten in eine einzige Partei zum Ausdruck gebracht.

Rapps Adjutant. Wien, 13. April. (Eigenbericht.) Wie die „Volkzeitung“ berichtet, lebt der seinerzeitige Adjutant Rapps, Major Papp unter dem Namen Peters als Stadtschreiber der Heimwehren in Tirol. Er besitzt gefälschte Dokumente und hat in einer Tiroler Gemeinde sogar das Heimatsrecht erworben.

Verhaftete Freischärler. Aus Berlin, 13. ds., wird gemeldet: Auf dem Leipziger Hauptbahnhof wurden 17 bewaffnete Freischärler, die sich als Ruhrflüchtlinge ausgaben, verhaftet, da der Verdacht besteht, daß sie zur Unterstützung eines Putsches ausgefandt sind.

Pracht nicht heute: „Morgen will dieses oder das ich tun.“
Schwizge doch bis morgen stille, sage dann: „Das tat ich nun.“
Rüdert.

Am mächtigsten ist, wer sich selbst in der Gewalt hat.
Seneca.

Wenn du siehst, daß das Leben einer Gesamtheit schlecht ist und du es bessern willst, so laß dir gesagt sein, daß es dazu nur ein Mittel gibt, nämlich: daß alle Menschen besser werden; dazu kannst du nur beitragen, indem du selbst besser wirst.
Tolstoi.

Die Selben waren jedenfalls froh, einen „Schlager“ gegen die verdammten Sozis gefunden zu haben und sind in ihrer blinden Wut — gründlich reingefallen. Die Anfangsbuchstaben des schönen Gedichtes lauten nämlich, wie jeder ablesen kann: „Esel Mader“, und dieser Mader ist jener Lobosifer christlichsoziale Narr, den der sozialdemokratische Antrag um den Rest seines Verstandes gebracht hat. Ahnungslos verhöhnt also die deutschgelbe Zeitung, die sich so als Helfershelferin der Akerisalen zu erkennen gab, diese und sich selber. Erst stimmten die Selben gegen den sozialdemokratischen Antrag und nahmen dann ein Gedicht auf, das die Sozialisten beschimpfen und die Akerisalen verteidigen sollte, und merkten nicht, daß es ein Grubenhund war, der sie und die anderen Spießer so laut anbellte.

Die bürgerliche Verleumdungspreffe. Das den Deutschsozialen dienende „Trautenauer Tagblatt“ veröffentlichte am 23. Juli 1922 einen mit „Terror“ überschriebenen Artikel, in dem es von schweren Anklagen gegen den sozialdemokratischen Bürgermeisterstellvertreter „Hawel“, von dessen „niedriger Bestimmung“ und „ordinärer Weise“ seines Verhaltens schrieb. Die Verantwortung für diesen Verleumdungsartikel übernahmen „die deutschsozialen Vertrauensmänner von Trautenau“, deren Unterschriften in der Redaktion des Blattes erlagen. Das „Trautenauer Tagblatt“ wollte durch den Abdruck dieses Heftartikels seinen Lesern Verachtung gegen den Mann einimpfen, der immer wieder die dunklen Kreise der bürgerlichen Politik in Trautenau mit Nachdruck stört. Genosse Hawel lagte das „Tagblatt“ am 20. d. M. hätte vor dem Schwurgericht in Jicin die Verhandlung stattfinden sollen. Die Journaille von Trautenau ließ es jedoch gar nicht zu einer Verhandlung kommen, bot einen Ausgleich — Ehrenklärung und Kostendeckung an, wollte jedoch auch dieser Verpflichtung sich teilweise entziehen und brachte die Erklärung im Beifolg in der 1. April-Ausgabe, damit so die Erklärung der ersten Charakter verliere. Unsere Genossen ließen sich so etwas nicht bieten und das „Tagblatt“ war, wie das „Trautenauer Echo“ uns meldet, gezwungen, die Erklärung nochmals — und zwar etwas weniger unauffällig — zu veröffentlichen. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

Wir haben am 23. Juli 1922 über Ersuchen der deutschsozialen Partei unter der Aufschrift: „Der Terror. Schwere Anklagen der Deutschsozialen gegen den sozialdemokratischen Bürgermeister-Stellvertreter, Herrn Hawel“, einen Aufsatz veröffentlicht, in welchem Herrn Hawel eine Reihe von beleidigenden Äußerungen gegen Herrn Stadtrat Fiebinger in den Mund gelegt wurden.

Nach eingeholten Informationen sind wir nicht in der Lage, den Inhalt des Artikels aufrecht zu halten und sehen nicht an, diesen Artikel mit den darin enthaltenen, gegen Herrn Hawel gerichteten Äußerungen vollständig zurückzunehmen.

Die Schriftleitung des „Trautenauer Tagbl.“

Außerdem zahlt das „Tagblatt“ 1000 Kronen an Prozesskosten und wird sich diese Geschichte für die Zukunft wohl zur Warnung dienen lassen. Denn die Arbeiterschaft von Trautenau wird ein zweitesmal die Verleumdung nicht so leichtem Kaufes mehr davonkommen lassen.

Peithid Lawrence aus London sprach Donnerstag abends in Prag im Rahmen des Vereins „Frauenfortschritt“ über „englische Frauen in der Politik“. Peithid Lawrence ist Mitglied der englischen Labourparty und einer ihrer hervorragendsten finanziellen Ratgeber. Peithid Lawrence schilderte zuerst die Kampfspropaganda für das Frauenstimmrecht in England; sowohl er als auch seine Frau spielten in diesem Kampfe eine hervorragende Rolle. Er erzählte, daß die Gesellschaft, der er angehörte, einmal nicht weniger als 200 Versammlungen in einer Woche abhielt; zur Erreichung des Frauenstimmrechts wurde auch eine Kampfbewegung durchgeführt, in deren Verlauf er auch ins Gefängnis gebracht und erst nach Durchführung eines Hungerstreikes freigelassen wurde. Die Propaganda war von Erfolg gekrönt und im Jahre 1917 erhielten die Frauen Englands das Stimmrecht. Zeither erhielten die Frauen auch das passive Wahlrecht für das Parlament und zwei englische Frauen sind Mitglieder des „House of Commons“. Sie haben auch das Recht erlangt, sich als Advokaten niederzulassen und in den Staatsdienst unter gleichen Bedingungen wie die Männer einzutreten. Weitere Ziele, die die Frauen zu erreichen streben, sind das allgemeine Stimmrecht für Frauen und „gleiche Entlohnung für gleiche Leistung“, besonders auf dem Gebiete des Unterrichtswesens. Die führenden Frauen Englands interessieren sich aber auch ganz besonders für internationale Angelegenheiten. Als Mütter sehen sie es als ihre Aufgabe an, für die Verhinderung weiterer Kriege zu kämpfen. Sie sind der Ansicht, daß Streitigkeiten zwischen zwei Völkern in ähnlicher Weise geschlichtet werden können, wie Streitigkeiten zwischen irgend welchen anderen Menschengruppen — durch gegenseitiges Uebereinkommen. Sie sind sich dessen vollkommen bewußt, daß die Friedensverträge viele schwere Fehler enthalten und daß eine gründliche Revision dieser Verträge unbedingt erforderlich ist. Insbesondere ist es ganz unmöglich, die Reparationsforderungen zu erfüllen; diese Bestimmungen haben unfähiges Gland über die Völker gebracht, und zwar nicht nur über die Besiegten, sondern auch über die Sieger. Die englischen Frauen sehen die Ruhrinvasion als höchst bedauerlich an. Sie haben den Leiden der französischen Bevölkerung die größten Sympathien ent-

Tages-Meinigkeiten.

Der Geheimprozeß Halbhuber.

In der morgigen Nummer veröffentlichten wir den letzten Artikel über die Dokumente aus dem Geheimprozeß Halbhuber, und zwar eine Auslese aus dem Material, das die Hauptverhandlung gegen Prof. Dr. Sträßler zu Tage gefördert hat. Die Aussagen der Zeugen vor dem geheimen Kriegsgericht in Wien verdichten sich zu einer furchtbaren Anklage nicht nur gegen Halbhuber, sondern gegen das ganze fluchbeladene System des 1. k. Militarismus, der es verstand, auch die Wissenschaft in seinen nichtswürdigen Dienst zu stellen. Wir werden morgen an den Dokumenten aus dem Halbhuber-Prozeß aufzeigen, wie es dem kriegsführenden Leichterreich gelang, die Wissenschaft, die ja immer noch die willige Dienerin des Kapitalismus und Imperialismus ist, zur Diene des Militarismus zu erniedrigen. Führende Männer der medizinischen Wissenschaft, Leuchten der Prager deutschen Fakultät, haben sich nicht entblödet, durch ihre Aussagen den Schädling Halbhuber zu schützen, den die große Mehrzahl der einernommenen Aerzte und Laien als geistesschwachen Ignoranten gekennzeichnet hatten. Alles, was durch die Dokumente aus dem Kriegsgerichtsprozeß der Nachwelt überliefert wurde, beweist, daß Halbhuber nicht nur geistig schwer defekt, sondern auch bar jedes höheren ethischen, jedes humanen und sozialen Empfindens war. Und trotzdem fanden sich Männer mit weit über Prag hinaus bekannten Namen, die sich für den mit Recht meistgeschmähten und bestgeschmähten Halbhuber vor Gericht einsetzten. Wie sie dies taten und wie sie dadurch mittelbar und unmittelbar das Todesurteil über ihre eigene ärztliche Gewissenhaftigkeit sprachen, davon soll morgen die Rede sein.

Die Kreuzschreiber von Lobositz. Das kleine Städtchen Lobositz an der Elbe steht seit einigen Wochen in heftiger Aufregung. Es hat sich nämlich etwas noch nicht Dagewesenes ereignet, das die Gemüter aller Spießer von Lobositz in Wallung brachte: unsere Genossen im dortigen Ortschaftsrat haben die Annahme ihres Antrages auf Entsendung der Kreuze aus den deutschen Schulen von Lobositz durchgesetzt. Die Deutschbürgerlichen, die Komturen, wie die ehemaligen Loszonsomschreiber stimmten dagegen und der Vertreter der Selben enthielt sich der Abstimmung. Nachdem nun im Aufsitzer „Volk“ die Mader von Lobositz tüchtig verulkte, machte recht ein launiges Gedicht erschienen war, das sich ein Genosse den Spah und schickte der halenkrenzlerischen „Deutschen Arbeiterzeitung“ in Auftrag ein anderes Gedicht zur Entgegnung, das diese auch aufnahm und das folgenden Wortlaut hat:

Die heilige Dreieinigkeit von Lobositz.
Etwas Großes ist errungen:
Sozi, Sowjeto, Judenjungen,
Einig — es ist zum Erbarmen! —
Liegen sie sich in den Armen!
*
Mutig rissen diese Ränze
Aus den Schulen alle Kreuze,
Dah die Kinder ja nicht stanken
Etwas andres, als aus Ranken!
Regt sich nichts gen solche Schmach?!!

gegengedrückt, aber sie sind der Ansicht, daß die französische Regierung zu vollständig unrichtigen Mitteln greift. Als den einzig richtigen Weg sehen sie den Weg der internationalen Zusammenarbeit an, um die zerstörten Gebiete wieder aufzubauen und den Wiederaufbau Europas durchzuführen.

Selbstmordversuch Dr. Baerans. Gestern um sieben Uhr früh wurde Dr. Baeran in seiner Zelle im Prager Landesgericht von einem Gefangenen-ausscher bewußlos aufgefunden. Der sofort verständigte Gerichtsarzt Dr. Kalmus und der gleichfalls im Strafgericht eingetroffene Dozent Dajek bemühten sich, Dr. Baeran wieder zum Bewußtsein zu bringen. Um zehn Uhr vormittags wurde Dr. Baeran über Auftrag Professor Dr. Slaviks im Rettungswagen in noch immer bewußlos Zustand ins Allgemeine Krankenhaus auf die Klinik des Professors Dr. Jaffsch gebracht. Nach der bisherigen Untersuchung handelt es sich um eine Veronalvergiftung u. g. Da Dr. Baeran wegen Schlaflosigkeit und eines rheumatischen Leidens in ärztlicher Behandlung stand, so muß man annehmen, daß er Veronal, nachdem er die kleinen Dosen gesammelt hatte, nun auf einmal in einer größeren Dosis genommen hat. Dr. Baeran wurde dann nach zwölf Uhr zu Bewußtsein gebracht, doch ist seine Vergiftung eine schwere. Im Laufe des Nachmittags hat sich der Zustand Dr. Baerans bedeutend gebessert, so daß die Ärzte annehmen, daß er sich außer Gefahr befindet. In der Zelle Dr. Baerans wurden Briefe gefunden, aus denen hervorgeht, daß Baeran sich mit Selbstmordabsichten trug, um seiner Frau die Pension zu sichern.

Die Internationale der Pfaffen. Aus London wird gemeldet: Die Erzbischöfe von Canterbury und York und der römisch-katholische Erzbischof von Westminster, sowie der Oberstarbener, „verneint in dem Gefühle der Entrüstung und des Abscheus“, haben einen gemeinsamen Protest „gegen den grausamen Krieg der russischen Katerregierung gegenüber allen Formen religiöser Besessenheit und gegen die Verfolgung der Geistlichen und Gläubigen“ veröffentlicht. Sie erklären, eine solche Politik könne von niemandem, der für die gleiche Freiheit sei, gebilligt werden. Das Wort von der „gleichen Freiheit“ klingt im Munde katholischer Geistlichen wenig überzeugend, insbesondere, wenn man weiß, daß es sich in Sowjetrußland um das teure Vermögen der byzantinischen Kirche handelt, von dem die Boyen nichts hergeben wollen, selbst wenn die Arbeiter verhungern. Und deswegen schlagen auch die Rabbis und Mönche in England und anderwärts Alarm, weil sie glauben, sich rechtzeitig vor gewissen Eventualitäten schützen zu müssen.

Der Kaiser und die Kunst. Wie alle Monarchen, so war auch Franz Josef I. von Gott mit großem Kunstverständnis begnadet. Betätigte er sich auch nicht wie Wilhelm II. als ausübender „Künstler“, so verfehlte er doch nie, die Ausstellungen des Künstlerhauses feierlich zu eröffnen und sein Urteil über die Kunstwerke in den laudbaren Worten zusammenzufassen: „Es war sehr schön; es hat mich sehr gefreut.“ Nur einmal war es nicht schön und hat es ihn nicht gefreut. Davon erzählt, wie die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ meldet, der Pariser „Oeuvre“ anlässlich des Todes der Sarah Bernhardt: Im Jahre 1881 hat Malart die Künstlerin, die damals in Wien gastierte, gemalt, und zwar in einem Kleid aus gelbem Satin. Bei der nächsten Ausstellung stellte Malart das Bild aus. Als der Kaiser bei der Eröffnung der Ausstellung das gelbe Kleid erblickte, wurde er blaß vor Zorn. Ihm war nämlich die gelbe Farbe, die sonst den Schwarzgelben so teuer ist, verhasst. Daß Malart, der diese Abneigung kennen mußte, keine Rücksicht darauf genommen hatte, betrachtete Franz Josef als Majestätsbeleidigung. Um ihn zu verschonen, mußte das Bild entfernt werden. Doch soll der Vorfall erst recht viele heimliche Majestätsbeleidigungen zur Folge gehabt haben.

Eine schwere „sportliche“ Verletzung. London steht zur Zeit unter dem Eindruck der staudalösen Vorgänge, die sich gelegentlich der Veranstaltung des Kinderwagenwettbewerbes abspielten, der dieser Tage auf der 83 Kilometer langen Strecke London-Brighon zum Austrag gebracht wurde. Es war wohl der blödsinnigste Sportwettbewerb, den man in dem Lande sportlicher Ezzentriktäten bisher erlebt hat: fünf Mütter hoben ihre Kinderwagen, in denen sich Kinder von vier Monaten bis zu vier Jahren befanden, über die Strecke. Es war ein besonders warmer Frühlingstag und die übel beratenen Mütter erlebten ihre Aufgabe im Schweiße ihres Angesichts und in einer Wolke von Staub, die Automobile auf der vielbefahrenen Straße aufwühlten. Es waren Frauen aus dem Volke, die sich zum Wettbewerb gestellt hatten, angelockt durch die ausgesetzte Prämie von vier Pfund Sterling, die jeder Siegerin in den drei startenden Abteilungen verheißen war. Aber sie waren sehr enttäuscht, als ihnen schließlich eröffnet wurde, daß die Preise nicht in bar, sondern in Gestalt von Kinderwagen ausgezahlt würden. Die Preisträgerin, eine vierzigjährige Frau, brach am Ziel bewußtlos zusammen und wurde mit einer anderen ohnmächtigen Teilnehmerin ins Krankenhaus gebracht. Dortbin mußten auch einige der Säuglinge überführt werden, die unterwegs in aller Eile von ihren Müttern gestillt werden mußten und infolge der Strapazen erkrankt waren. Das hatte zur Folge, daß sich auch die Gesellschaft zum Schutze verwahrloster und mißhandelter Kinder der Angelegenheit annehmen wird. „Die Szenen, die sich hier abspielten“, so schreibt der Berichtsjahr eines Londoner Blattes, „gemahnten an die Flucht verängstigter

Menschen, die in Kriegszeiten in hastender Eile das Reichbild einer vom Feinde bombardierten Stadt zu verlassen streben. In einem friedlichen und zivilisierten Lande bilden sie einen Skandal, wie er schlimmer nicht gedacht werden kann, und der ein strafrechtliches Einschreiten gegen den Veranstalter dieses Unfugs angebracht erscheinen läßt.“

Professor Laube gestorben. In Prag starb Donnerstag der ehemalige Professor der Geologie und Paläontologie an der deutschen Universität Karl Laube im Alter von 85 Jahren. Laube, ein Teplitzer, hat durch 34 Jahre dem Lehrkörper der deutschen Universität angehört und als Geologe internationalen Belust erlangt. Er hat eine Reihe von Schriften herausgegeben, die sich vornehmlich mit der Geologie Böhmens befassen.

Ein „patriotischer“ Hochkapler. Wie uns aus Wien berichtet wird, gelang es der Budapestter Polizei, den berühmtesten Hochkapler und Taschendieb Martin Fried zu verhaften. Man fand bei ihm zahlreiche Schmuckstücke und erfuhr, daß er bei einem Händler 50.000 Kr. deponiert habe. Er erklärte bei seiner Einvernahme, daß er in der letzten Zeit aus Patriotismus fast durchwegs außerhalb Ungarns seine Diebstähle ausgeführt habe. Das Meiste habe er in der Tschechoslowakei gestohlen, weil er die Tschechen am meisten hasse.

Die Einwohnerzahl der Städte Böhmens. Nach der Volkszählung vom 15. Februar 1921 gibt es in Böhmen 43 Städte, welche mehr als 10.000 Einwohner haben; es sind dies: Pilsen a. E. 10.151, Wetzper 10.422, Krasowitz 10.472, Jischin 10.478, Pöchlarn 10.515, Radost 10.825, Rimburg 11.129, Teichow 11.244, Verman 11.448, Loun 11.706, Leipa 11.737, Příbram 11.815, Grassitz 12.526, Tabor 12.561, Prag 12.619, Königgrätz 13.115, Chrudim 13.129, Königshof 13.200, Mlattau 13.842, Kuttenberg 14.370, Trosenau 14.384, Bobenbach 15.103, Turn 15.485, Kolín 16.204, Saaz 16.211, Pisek 16.306, Leitmeritz 16.988, Jungbunzlau 17.237, Mladon 19.105, Karlsbad 19.480, Misch 19.525, Wamtsdorf 20.328, Komotau 21.123, Pardubitz 25.162, Gabelung a. E. 26.929, Brüx 27.239, Eger 27.542, Teplitz-Schönbach 28.892, Reichenberg 34.985, Aussig 39.830, Budweis 44.022, Pilsen 88.419, Prag 676.657.

Blatternfälle in Böhmen. Dieser Tage ist bei Karlsbad die Zigeunerin Anna Kuzicka und in Raaden der Bergarbeiter Oskar Kynal an Blattern erkrankt. Die Gesundheitsabteilung der politischen Landesverwaltung fordert daher die Bevölkerung auf, sich der Impfung gegen Blattern zu unterziehen.

Haubworb. Sonntag abends kam zu dem Fabrikanten Tassius in Bielefeld-Kamunig an der schlesischen Grenze ein unbekannter Mann, der Stoffe zu kaufen wünschte. Der Fabrikant ging mit dem Manne ins Magazin, woselbst der Unbekannte drei Schüsse gegen den Fabrikanten abfeuerte, die ihn tödlich trafen. Der Mörder stahl hierauf drei Ballen Stoff und verschwand. Der Polizei ist es gelungen, den Mörder in einem gewissen Kaszka aus Teschen zu verhaften. Die gestohlenen Stoffe wurden aufgefunden.

Tödlicher Unfall. Der 50jährige Obermonteur der Stadwerke in Bissen wurde anlässlich der Montierung an der Einfahrtvorrichtung auf der Grube „Dimmelfürst“ in Hammer bei Brüx von der Förderseilbahn ertränkt, die ihm Arme und Beine brach und den Brustkorb einbrückte. Der Monteur war in wenigen Augenblicken tot.

Folgen eines Ausfalls. Der 50jährige Schlossergeselle Johann Cermak aus Bissen sprang vorgestern vormittags in angeheitertem Zustande aus dem Fenster des Vorraumes des Affentloales und erlitt eine leichte Gehirnerschütterung.

Kleine Chronik.

Der Tod in der Grube. Alagenfurt, 13. April. Gestern entstand infolge unsachgemäßer Handhabung beim Anshauen von Dynamit in einer Anfahrtsstube beim Stollen Mallnitzer in Laßau ein Dynamitpfehlenschlag, wobei der Stollenarbeiter Johann Jochim tödlich verletzt wurde. Zwei in einer benachbarten Schmelde beschäftigten Arbeiter und ein Grundbesitzer, der dort weilte, erlitten leichte Verletzungen. Die Schmelde, die Anfahrtsstube und die Wohnung des Verletzten wurden vollständig zertrümmert.

Die Eskimos — Entdecker des Tabaks. Die Pfeifenraucher werden nicht wenig erstaunt sein, zu erfahren, daß kürzlich bei den im Staate Alaska anliegenden Eskimos eine wohlsortierte Sammlung von Pfeifen aufgefunden wurde, die ähneln denen, die in den fernsten Ecken von Opiumrauchen benutzt werden. Gleichwohl handelt es sich bei den Pfeifen des Eskimos um richtige Tabakpfeifen, deren Herstellung in die Zeit vor mehr als tausend Jahren zurückreicht. Erwähnung verdient es ferner, daß sich diese Sammlung aus Pfeifen, die für Männer und solche, die für Frauen bestimmt waren, zusammensetzt. Die Eskimodamen von zehn Jahrhunderten huldigten, wie damit bewiesen wird, dem Tabakrauchen so wie die europäischen Damen des zwanzigsten Jahrhunderts; nur trugen sie dabei der hygienischen Forderung mehr Rechnung, da sie die am wenigsten schädliche Tabakpfeife der eleganten, aber dafür umso gesundheitsschädlicheren Zigarette vorzogen. Die Eskimodamen für Männer und Frauen sind ziemlich plumpe gefertigt, verdienen aber schon deshalb besondere Aufmerksamkeit, weil sie einwandfrei bezeugen, daß die Eskimos in der Entdeckung des Tabakrauchens dem bekannten Gelehrten Nicot, der Europa mit dem Rauchtut beglückte, um Jahrhunderte vorausgerückt waren. Man fand überdies bei den Pfeifen in Alaska auch verträumte Tabakblätter, die gut erhalten sind, und es wäre nicht uninteressant, festzustellen, ob ihr Geruch und Geschmack auch dem einladenden Neuen entspricht.

Der beste Mammutschädel. Das Londoner Naturwissenschaftliche Museum gelangte kürzlich in den Besitz des vollständigen Schädels eines Mammut, der zweifellos als das besterhaltene Stück seiner Art gelten darf. Die Stoßzähne haben eine Länge von drei Metern, dabei sind die Zähne schneeweiß und von tadelloser Beschaffenheit. Der Fund wurde auf einer an der Küste Sibiriens gelegenen Insel von einigen Japen gemacht, die, da sie nicht imstande waren, das ganze Skelett auszugraben und fortzutransportieren, sich darauf beschränken mußten, den Kopf abzutrennen und nach Archangelsk zu senden, von wo er nach London gebracht und dort von dem Museum erworben wurde.

Gerichtssaal.

Soupals Milchuldige vor Gericht.

Prag, 13. April. Heute begann um 9 Uhr vormittags vor einem Strafsenat des OGH. Kleiner der Verhandlung gegen sechs Milchuldige Soupals. Wegen Verbrechen nach Paragraph 212 (Vorschubleistung zu einem Verbrechen) sind angeklagt der 23jährige Schlossergeselle Stanislaus Kahule, der 23jährige Maurer Josef Baloun, der 20jährige Maschinist Karl Kovoin, der 23jährige Arbeiter Franz Kovoin und die 23jährige Privatbeamtin Marie Pysbil, alle aus Deutsch-Brod, der Angeklagte Keturkil außerdem wegen Vergehens nach Paragraph 305 (Billigung einer strafbaren Handlung). Die Anklage ist vertreten durch den Oberstaatsanwalt Dr. Frouza, die Angeklagten werden verteidigt von den Advokaten Dr. Siegmund Stein, Dr. Karpe und Dr. Fleha. Der Vorsitzende erklärte zu Beginn der Verhandlung, daß über Beschluß des Gerichtshofes die Anklageschrift nicht veröffentlicht werden darf. Der Staatsanwalt beantragte sogar den Ausschluß der Öffentlichkeit, da der vorliegende Prozeßfall mit der Angelegenheit Soupals eng zusammenhängt. Nachdem der Verteidiger Dr. Stein im Namen der Verteidiger gegen den Antrag des Staatsanwaltes Protest eingelegt und namens der Angeklagten erklärt hatte, daß er mit der Verlesung des Protokolls Soupals nicht einverstanden sei, zog sich der Gerichtshof zu einer über eine halbe Stunde dauernden Beratung zurück und verkündete um 10 Uhr den Ausschluß der Öffentlichkeit. In der Begründung dieses Beschlusses heißt es, daß durch das Attentat auf Dr. Kasin die Öffentlichkeit in Aufregung versetzt wurde und daß jetzt, da bereits eine Beruhigung eingetreten sei, durch die öffentliche Behandlung des Falles die Ruhe und Ordnung gefährdet erscheint. Gegen diesen Beschluß meldete Verteidiger Dr. Fleha die Nichtigkeitsbeschwerde an. Nachdem hierauf 18 Vertrauensmänner — ein Verwandter der Angeklagten und sieben Gerichtsaalreferenten — gewählt wurden, ließ der Vorsitzende die Räumung des Saales vornehmen. Die Verhandlung wurde um 3 Uhr nachmittags vertagt. Verteidiger Dr. Stein hatte nämlich den Antrag gestellt, daß Soupal als Zeuge einvernommen werde. Der Gerichtshof beschloß darauf die Vertagung bis zur Durchführung des Prozesses gegen Soupal, da Soupal früher nicht als Zeuge erscheinen kann, nachdem das Verfahren gegen ihn nicht abgeschlossen ist. Die angeklagten Milchuldigen wurden über Beschluß des Gerichtshofes auf freien Fuß gesetzt.

Gewerkschaftskonferenz in Brünn.

Am 7. und 8. d. M. fand in Brünn die gemeinsame Gewerkschaftskonferenz statt, welche von den Kreisgewerkschaftskommissionen Mähr. Trübau und Znaim und dem Gewerkschaftsreferat in Brünn einberufen worden war. Die Konferenz, an der 57 Delegierte teilnahmen, befaßte sich mit dringenden gewerkschaftlichen Fragen in Mähren und Schlesien, und nahm Stellung zur Errichtung einer Kreisgewerkschaftskommission und eines Sekretariates mit dem Sitz in Brünn. Abgeordneter Genosse Schäfer (Reichenberg) eröffnete die Konferenz und wies in kurzer Rede auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die Industrie und deren Wirkung auf die Gewerkschaftsbewegung hin. Auch die Aussichten für die nächste Zukunft sind nicht sehr freundlich, es werde harte Arbeit und Anstrengung kosten, die bisherigen Errungenschaften zu erhalten und Neues zu schaffen. Aber gerade in der Zeit schwerster Bedrängnis müsse die beste Waffe im Kampfe um die Existenzbedingungen der Arbeiter und Angestellten, die Gewerkschaftsorganisation, nicht nur erhalten, sondern auch ausgebaut, der gewerkschaftliche Zusammenschluß dort wo er noch nicht besteht, gesunden werden. Für die deutsche sozialdemokratische Partei begrüßt Genosse Wellan die Konferenz und wünscht ihr besten Erfolg. In den Vorst der Konferenz wurden hierauf die Gen. Stanek, Schöberle und Bolowitzky gewählt. Zum 1. Punkt der Tagesordnung „Bericht der Zentralgewerkschaftskommission“ hielt Abgeordneter Gen. Heeger (Jägerndorf) ein ausführliches Referat über die notwendigen Reorganisations der Kommissionsgebiete in Mähren und Schlesien. Der Referent behandelte die Geschäfte im Jahre 1919, die durch die Besetzung der deutschen Randgebiete erforderlichen organisatorischen Veränderungen, die ihre Bestätigung oder endgültige Festlegung in den Beschlüssen der Landesgewerkschaftskonferenz am 13. April 1919 in Teplitz und am 11. Mai 1919 in Jägerndorf fanden. Damals galt es, Gewerkschaftsverbände für die deutschen Randgebiete in der Tschechoslowakei zu errichten und an Stelle der zahlreichen Fachverbände 19 Industriegruppenverbände zu setzen. Später jedoch ergab sich die Notwendigkeit bei den einzelnen Verbänden, ihre Tätigkeit auch über die andern Gebiete der Republik auszuweh-

nen. Alle Versuche, die tschechischen Gewerkschaften zu einem einheitlichen Vorgehen zu bewegen, scheiterten und die durch drei Jahre geführte Gewerkschaftspolitik der tschechischen Bruderorganisationen ist nicht geeignet, die Verständigung zu fördern. Eine Gewerkschaftspolitik im Interesse der Arbeiter kann und darf keine Rücksichten auf staatspolitische Ereignisse nehmen, sondern hat vor allem die Interessen des gesamten Proletariats zu vertreten, was wir bisher leider nicht beobachten konnten. Im Interesse der gewerblichen Arbeit ist eine Reorganisation des gesamten Gewerkschaftsgebietes erforderlich, vor allem aber durch die geänderten Verhältnisse im ganzen Staate ergibt sich die Notwendigkeit, auch in Brünn eine Kreisgewerkschaftskommission und ein Sekretariat für das Land Mähren zu errichten, umso mehr, da Brünn nicht nur der Mittelpunkt des Landes, sondern auch der Sitz der zentralen und autonomen Körperschaften und der Unternehmerorganisationen ist, die im wirtschaftlichen und organisatorischen Leben eine bedeutende Rolle spielen. Dazu kommt, daß durch die Zerstückelung der österreichischen Organisation in Brünn ein Großteil der Arbeiterkraft nicht weiß, welcher Richtung er sich anschließen soll; es ist daher unsere Pflicht, hier einzugreifen, die Arbeiter zu sammeln und zu verhindern, daß sie in das nationale oder christlichsoziale Lager gedrängt werden. Der Referent bespricht noch ausführlich die Bedingungen der gemeinschaftlichen Organisationsfähigkeit und unterbreitet die Anträge wegen Errichtung von drei Kreisgewerkschaftsgebieten (Brünn, Mähr. Schönberg und Jägerndorf) der Beschlußfassung.

Gen. Schäfer ergänzte diese Ausführungen durch eine kurze Schilderung der Verhältnisse in der tschechischen Gewerkschaftsbewegung. Er betont, daß die deutschen Gewerkschafter völlig auf internationalem Boden stehen und eine Zusammenarbeit mit den tschechischen Gewerkschaftskommissionen niemals zurückgewiesen haben und auch heute nicht zurückweisen, doch sei die Grundlage der gegenseitigen Verständigung ohne Verschulden der deutschen Gewerkschafter derzeit noch nicht gefunden worden. Es sprachen noch die Genossen Rahobil, Kudekusch, Jecha (Brünn), Urbanek, Stanek (Znaim), Schäfer, Lindner (Mähr. Trübau), Pfeiffer (Olmütz), Mopils (Znau), Abg. Häusler und Zulek (Mähr. Schönberg). Nach zusammenfassender Erklärung des Gen. Schäfer wird eine engere Kommission gebildet, welche über die Anträge beraten und endgültige Vorschläge ansarbeiten soll.

Am zweiten Konferenztage erstattet Schäfer den Bericht über die am Vortage gehaltenen Beschlüsse der engeren Kommission, die in folgendem Antrag formuliert erscheinen:

„Die Konferenz anerkennt die Notwendigkeit der Errichtung eines Kreisgewerkschaftssekretariates mit dem Sitz in Brünn, umso mehr, da Brünn der Mittelpunkt des Landes, der Sitz der zentralen autonomen Körperschaften, der Unternehmerorganisationen und der verschiedenen Arbeiterorganisationen ist, die alle im wirtschaftlichen und organisatorischen Leben eine bedeutende Rolle spielen. Sie beschließt, die derzeitigen Kreisgewerkschaftskommissionen Mähr. Trübau, Znau und Znaim aufzulösen und an deren Stelle eine Kreisgewerkschaftskommission mit dem Sitz in Brünn für die politischen Bezirke Brünn, Znau, bis Jablons, Lundenburg, Znaim, Zwittau, Mähr. Trübau zu errichten. Die Kreisgewerkschaftskommission hat dort, wo es die Notwendigkeit erfordert, Orts- und Bezirksstellen zu errichten und die für diese Zwecke notwendige Beitragleistung zu regeln. Zur Erhaltung des Sekretariates beschließt die Konferenz einen Beitrag von zehn Hellern wöchentlich, der mit den Mitgliedsbeiträgen einzuheben und mit dem Kreissekretariate zu verrechnen ist. In jenen Gebieten, wo Kurzarbeit herrscht, bleibt es der Kommission überlassen, vorübergehend eine niedrigere Beitragleistung für die von der Kurzarbeit Betroffenen zu bestimmen.“

Zum Antrage sprachen die Genossen Achmann (Znau), Rahobil, Tänger, Schöberle (Brünn), Weber (M. Schönberg), Urbanek (Znaim), Schäfer und Heeger. Hierauf wird zur Abstimmung geschritten, welche die einstimmige Annahme des Antrages ergibt.

Den nächsten Punkt der Tagesordnung bildet die Beschlußfassung über das Statut der Kreisgewerkschaftskommission. Gen. Heeger bespricht das Statut, in welchem die Aufgaben der Kreisgewerkschaftskommission umschrieben sind und gibt die nötigen Erläuterungen. Bei der Abstimmung erfolgt die einstimmige Genehmigung des Statutes.

Namens des Wahlkomitees unterbreitet sodann Gen. Jdrasil folgenden Vorschlag für die Kreisleitung: Popischil, Tänger, Wevera, Jecha, Schöberle, Engel (Brünn); für die Provinz: Mopils (Znau), Urbanek (Znaim), Wessely (Lundenburg), Stummvoll (Rifolsburg), Schwes (Zwittau), Schäfer (M. Trübau). Als Ersatz: Ratschinka, Rahobil, Kupka (für Brünn), Achmann (Znau), König (M. Trübau), Barla (Zwittau). In die Kontrolle: Einholz (Brünn), Dehnal (Brünn), Kundalus (Brünn), Schemschig (Schöllitz); als Ersatz: Luftig (Znaim), Eßner Karl (Brünn). Bei der darauffolgenden Konstituierung wurde zum Obmann der Kreisleitung Popischil, zum Obmannstellvertreter Jecha, Kassier Wevera und zum Schriftführer Engel gewählt. Zum Obmann der Kontrolle wurde Einholz, zu seinem Stellvertreter Kundalus bestimmt. Nach Erörterung des allgemeinen Teiles läßt Genosse Stanek die Schlußrede und erklärt die Konferenz für geschlossen.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Warum die Stadtgemeinde Leitmeritz den Lohn abbaut. Wie wir bereits berichteten, hat der Arbeitgeberbund für das nord-westböhmisches Gebiet in Reichenberg mit dem kommunistischen Bauarbeiterverband in Prag nur deshalb einen Lohnvertrag abgeschlossen, weil der kommunistische Verband selber eine 25prozentige Lohnreduzierung ab 1. Jänner 1923 den Unternehmern angeboten hat, obwohl vorher der Arbeitgeberbund dem Deutschen Bauarbeiterverband eine 20prozentige Lohnherabsetzung vorschlug. Die kommunistische Tat bestand also darin, daß der Lohn der Bauarbeiter nicht um 20, sondern — wie es der kommunistische Verband verlangte — um 25 Prozent herabgesetzt wurde. Der Deutsche Bauarbeiterverband, dem die Mehrzahl der Bauarbeiter als Mitglieder angehört, lehnte die Unterzeichnung dieses Vertrages ab, sodaß heute die Unternehmer mit der mitgliederlosen kommunistischen Organisation einen Lohnvertrag haben, während der Deutsche Bauarbeiterverband vertragslos ist. Am alten Rathaus in Leitmeritz, das die Stadtgemeinde zur Renovierung in Regie vergeben hat, wurde am 1. Jänner d. J. der kommunistische Lohnabbau von 25 Prozent durchgeführt, obwohl dort der Prager Verband nur ein einziges Mitglied hat. Durch das Eingreifen des Sekretariats des Deutschen Bauarbeiterverbandes in Leitmeritz ist es möglich gewesen, zu erreichen, daß den Bauarbeitern eine 10prozentige Zulage gegeben worden ist, die die Unternehmer eine „Gefahrenzulage“ nannten. Genosse Buresch als Vertreter des Deutschen Bauarbeiterverbandes erklärte damals ausdrücklich, daß man die Zulage nennen könne wie immer, für die Arbeiterschaft ist sie eben nur eine Zulage und den kommunistischen Lohnabbau anerkannt sie nicht. Nun wurde den Bauarbeitern am 10. April mitgeteilt, daß die Zulage nicht mehr gezahlt wird, weil das Gefahrenmoment nicht mehr vorhanden sei. Auf Intervention des Genossen Buresch erklärte der Bürgermeister Dr. Prochaska, daß ein Beschluß des Stadtrates über die Aufhebung der Zulage nicht vorliegt, daß ihm aber der Baumeister Grandissa mitgeteilt hätte, daß das Gefahrenmoment am alten Rathaus nicht mehr vorhanden sei. Nun sehen die Bauarbeiter, daß Herr Grandissa der eigentliche Verantwortliche des Lohnabbaues ist. Genosse Buresch verlangte vom Bürgermeister, daß eine Lohnverhandlung mit unserer Organisation stattfinden, denn es geht nicht an, daß ohne Verhandlungen einseitig der Lohn diktiert wird. Bürgermeister Dr. Prochaska versprach dies zu veranlassen. Da Herr Grandissa auch für das Kloster einen Bau begonnen hat, auf welchem gleichfalls nur Mitglieder des Deutschen Bauarbeiterverbandes beschäftigt sind, wird sich wohl Gelegenheit finden, ihn zu überzeugen, daß seiner Diktatur über den Kopf des Stadtrates doch einige Geminnisse entgegenstehen.

Die tschechoslowakischen Dufaten. Das Gesetz über die Prägung der tschechoslowakischen Dufaten ist nun in der Gesetzesammlung fundam. Die Regierung wird ermächtigt, tschechoslowakische Dufaten, wie bisher, aus einer Mischung von 986/1000 Teilen Gold mit 13/1000 Teilen Kupfer als Handelsmünzen zu prägen. Aus einem Kilogramm Münzgold sind 286.459.107 Dufaten, sowie aus einem Kilogramm reinen Goldes 290.490.826 Dufaten zu prägen. Auf der Vorderseite der Dufaten ist das Bild des heil. Venzel mit der Aufschrift: „Nedej zahnouiti nam i budouiti“; das ist wichtig.

Die Internationale Arbeitskonferenz. Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat Donnerstag die Prüfung des Berichtes Albert Thomas' über die allgemeine Tätigkeit des Arbeitsamtes beendet und beschlossen, auf die Ta-

gesordnung der Internationalen Arbeitskonferenz die Frage der Nacharbeit in den Bäckereien zu legen. Dann befaßte sich der Verwaltungsrat mit einer Eingabe der großen Verbände Kriegsverlester und Verwundeter aus England, Frankreich, Italien, Polen, der Tschechoslowakei, Deutschland und Oesterreich, worin angeregt wird, eine Sachverständigenkonferenz einzuberufen, die sich damit beschäftigen soll, die Frage der Stellenvermittlung für die Kriegsverlester zu prüfen. Der Verwaltungsrat hat die Eingabe und Wohlwollen entgegengenommen und sich schließlich für den Zutritt von Vertretern der verschiedenen offiziellen Arbeitsämter ausgesprochen.

Der Vorstoß des amerikanischen Kapitals in der Türkei. Der jährliche Kampf des amerikanischen Finanzkapitals um die Beherrschung der Rohstoffquellen und Verkehrsmittel der Welt hat einen neuen Erfolg zu verzeichnen. Die türkische Nationalversammlung in Angora hat das sogenannte „Chesterprojekt“ angenommen, wonach einem amerikanischen Konsortium der Bau der Eisenbahn Smyrna-Angora-Erzrum-Diarbekir sowie die Errichtung von Hafenanlagen übertragen wird. Ferner ist einer Gruppe von Amerikanern, die ohne Zweifel mit der Standard Oil-Company in Verbindung steht, eine Petroleumkonzession in Mossul bewilligt worden. Die erwähnten Konzessionen bedeuten nicht weniger als die Amerikanisierung Anatoliens, da das amerikanische Kapital, das schon ohnehin in Kleinasien stark beteiligt ist, sich durch die Eisenbahn-, Hafen- und Petroleumkonzessionen zum tatsächlichen Herrn des türkischen Wirtschaftslebens machen kann. Der Vorstoß des amerikanischen Kapitals hat unverzüglich internationale Komplikationen nach sich gezogen. Der französische Oberkommissar in Konstantinopel hat sofort gegen den Beschluß der türkischen Nationalversammlung Protest eingelegt, weil er das Abkommen mit Frankreich vom Jahre 1914 verletzt. Noch wichtiger jedoch erscheint die Zielsetzung Englands zu den amerikanischen Konzessionen in Anatolien, da durch sie die Mosulfrage erneut aufgerollt und zum Gegenstande englisch-amerikanischer Auseinandersetzungen gemacht wird. Nun gewinnt die ganze Frage durch das Vorgehen des Chesterkonzerns ein ganz anderes Gesicht. Jetzt hat England bei der Regelung der Orientfrage nicht nur mit den französischen Sonderinteressen in Kleinasien, sondern auch mit den weitgehenden Bestrebungen des amerikanischen Kapitals zu tun. Der jährliche Kampf zwischen dem englischen und amerikanischen Vektus dürfte hier mit besonderer Schärfe in die Erscheinung treten, daneben aber auch der bisher stets von der englischen Regierung verfolgte Standpunkt, daß der Besitz der Naphthaquellen in Mesopotamien für Großbritannien nicht nur vom wirtschaftlichen, sondern auch vom militärisch-strategischen Standpunkte von außerordentlicher Bedeutung sei. Wenn die von uns gestern wiedergegebene Meldung des „New York Herald“ zutrifft, daß die amerikanische Regierung die Absicht habe, sich für die Tätigkeit des Chesterkonzerns in Kleinasien unbedingt einzusetzen, so kann auf der bevorstehenden Lausanner Konferenz ein heftiger Kampf um die anatolischen Konzessionen Amerikas erwartet werden. Die türkische Diplomatie hat zwar durch die Annahme des Chesterprojektes wichtige wirtschaftliche Positionen ihres Landes dem amerikanischen Kapital preisgegeben, sie kann aber nun außer der russischen Karte, die sie in der Reserve hält, und außer der französischen, die ihr bisher schon unschätzbare Dienste geleistet hat, bei ihrem Spiel gegen England auch die amerikanische Karte auf den Tisch werfen.

Aus der russischen Volkswirtschaft. Nach einer statistischen Feststellung vom 1. Jänner 1923 wurden in Russland und in der Ukraine 4390 Industriebetriebe mit 70.040 Arbeitern in

Privatpacht gegeben. Die größte Zahl der Privatunternehmungen fällt in die Textilindustrie, ferner in die Lebensmittel-, Metall-, Leder- und Holzindustrie. Auf der Tagung des Moskauer Landwirtschaftsrates erstattete D. Minolom Bericht über den Stand der Moskauer Industrie. Die Erzeugung ist im verflossenen Jahre bedeutend gestiegen und hat 33 bis 35 Prozent der Vorkriegserzeugung erreicht. Die Arbeitsintensität ist einhalb bis zweimal gestiegen, hat aber noch nicht den Vorkriegsumfang erreicht. Der Wert der Erzeugnisse der Moskauer Textilindustrie im verflossenen Jahre beträgt 95 Millionen Rubel. Das zirkulierende Kapital der Moskauer Industrie beträgt 82 Millionen Goldrubel, das Grundkapital 400 Millionen. Der Reallohn hat sich im letzten Jahre verdoppelt. Der Vorentwurf des russischen Budgets für 1922-23 rechnet mit Einnahmen von 970 Millionen Goldrubel, und zwar: Steuern und Zölle 535 Millionen, staatliche Unternehmungen 410 Millionen, sonstige 245 Millionen. Die Gesamtausgaben sind mit 1315 Millionen festgesetzt. Das Defizit beträgt daher 340 Millionen.

Russische Metallindustrie. Im Ural sind augenblicklich 13 Hochofen, 19 Martinöfen und 48 Walzstraßen im Betrieb. Gegen das Jahr 1922 hat sich die Zahl der Hochofen um vier, der Martinöfen um zwei und der Walzstraßen um 26 erhöht.

Die Tropfen der russische Industrie wieder aufbauen will. Die vom Zentralvolkskongress gutgeheißenen Richtlinien Tropfen über die Organisation der russischen Industrie werden jetzt bekannt. Die Zusammenziehung des Proletariates mit dem Bauernum und die Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiter sei nur auf der Grundlage einer sich entwickelnden zukunftreichen Industrie möglich. Tropfen betont die Notwendigkeit einer wirklichen Planwirtschaft, einer Konzentrierung der Staatsproduktion in den technisch am besten vorbereiteten und geographisch am besten gelegenen Unternehmungen, sowie einer Verbesserung des Budgets, der Steuervollmacht und des Kreditwesens. Ausländische Bestellungen zu niedrigeren Preisen, als im Inlande gezahlt werden, sind unzulässig, sobald die Ausfuhr von Bestellungen einen Fortschritt für die Entwicklung der Staatsproduktion bedeutet. Die systematische Heranziehung ausländischen Kapitals in Form von Konzessionen, gemischten Gesellschaften und Pachtverträgen sei notwendig, da die Zweckmäßigkeit einer solchen Heranziehung sich aus den Erfahrungen des vergangenen Jahres ergebe. Notwendig sei auch die verstärkte Ausbildung wirtschaftlich geschulter Kräfte, die es verfehlen, die materiellen Interessen des Proletariates mit der Notwendigkeit zu vereinen, die Industrie zu höchsten Leistungen zu bringen.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Wien	100	16.41/00
Prag	100	16.29/50
London	100	12.25/00

Prager Kurse am 13. April.

	Gold	Ware
100 holl. Gulden	1345/00	1340/00
10.000 Mark	16.90/00	17.00/00
100 belg. Frank.	190/25	197/75
100 schweiz. Frank.	618/75	621/25
1 Pfund Sterling	158/75	160/25
100 Lire	170/25	171/75
1 Dollar	34.20/00	34.00/00
100 franz. Frank.	228/25	229/75
100 Dinar	37.75/00	36.25/00
1000 magyar. Kronen	76.37/50	81.37/50
10.000 poln. Mark	7.72/50	8.72/50
10.000 österr. Kronen	4.67/50	5.17/50

Züricher Schluskurze am 13. April.

	Gold	Ware
Paris	36.90/00	37.00/00
London	25.58/50	25.60/50
Berlin	0.02.00/00	0.02.00/00
Amsterdam	27.32/50	27.40/00
Holland	215/00	215/50
Wien	0.00.77/00	0.00.78/00
Budapest	0.12/00	0.12/50
Prag	16.37/00	16.45/00
New York	5.48/00	5.48/50
Teheran	5.60/00	5.67/50
Barischau	0.01.25/00	0.13/00
Wien gest.	0.00/00	0.00/00

Vorträge.

Die große Eiszeit.

„Urania“-Vortrag Prof. Vend.

Der Wunder so viele erzählt uns die Erde, wenn wir sie aufmerksam betrachten. Geht der Late über Land, sieht er Berge und Ebenen, Wälder und Tristen, Seen und Wüsten und denkt sich dabei bestenfalls, wie schön und abwechslungsreich die Erde ist. Das kundige Auge des Forschers aber erschließt da Geheimnisse, welche die Erde durch Jahrmillionen sorgsam und eifersüchtig behütet hat.

Und von solch erlauchten Wundern hat uns Prof. Vend aus Berlin am Dienstag in der „Urania“ erzählt: Von der großen Eiszeit, die die Erde mit drei Unterbrechungen durch etwa eine halbe Million Jahre heimgekehrt haben muß. Wenn wir nämlich gewisse Merkmale der Erdgestaltung und Formung betrachten, sind sie nicht anders erklärlich, als das einst bis tief hinein in die heute gemäßigten, ja selbst in die heiße Zone große Vereisungen und Bergstöße gereicht haben müssen. Dabei ist es nicht so zu verstehen, daß etwa die ganze Erde von einem Eispanzer umhüllt war, sondern die auch heute noch bestehenden Eis- und Schneemassen, die sich immer oberhalb einer gewissen genau bestimmten Höhe — der Schneegrenze — halten, reichten, tiefer herab. Dabei läßt sich erweisen, daß diese Verdrückung der Schneegrenze den ganzen Erdball betraf, von den nördlichsten Gebieten Stanbinaviens, die ganz unter Eis waren, bis genau unter den Äquator, wo mächtige Gletscher von den Bergen herabstiegen.

In ganz wundervollen Bildern brachte Prof. Vend eine Reihe von Zeugen für diese einstige Vereisung. Da sind zunächst die eratischen Böden, ungeheurer Felsstücke, die keine andere Kraft zu verschieben vermochte, als gleitende Eismassen. Weiters Anhäufungen von Schieferstein mit eingeschlossenem Gestein, wie wir sie noch heute unter unseren Gletschern finden. Ferner jene Eis, die wir in Stanbinaviens und vor allem in Finnland finden. Es sind dammartige Erdenhäufungen, die durch Zurückgehen der Gletscher entstehen. Jeder Gletscher räumt nämlich an seinem Ende einen Haufen Erd- und Felsmaterial, das er am Wege sammelt — die sogenannte Endmoräne an. Geht er zurück, wird er kürzer, so entwirft ein ganzer Haufen. Wundervolle Aufnahmen aus Finnland zeigen, wie die Gebiete, die einst vereist waren, heute noch feuerreich sind. Finnland zählt etwa 35.000 große Seen. Bis tief in die warme Zone hinein, verdanken viele Seen früheren Gletschern ihr Dasein. Ein weiterer Beweis für verschwundene Gletscher sind die sogenannten Kare, die heute meist eisfreien alten Gletscherbetten, die man leicht an ihrer charakteristischen Gestalt erkennt. Eine Reihe von Bildern zeigte den Beweis für die warmen Unterbrechungen der Eiszeit, eine erstaunliche Leistung vom Leben im Buche der Natur. Es zeigten sich nämlich Ueberlagerungen der charakteristischen Zeichen der Eisperiode getrennt durch eine Schicht mit Resten einer Flora, die nur im warmen Klima gedeiht.

Und dann noch etwas Wunderbares. Die Eis-schicht Stanbinaviens etwa, muß eine unvorstellbare Last gewesen sein. Nun sollte man annehmen, diese müßte die ganze Halbinsel heruntergedrückt haben und

Der Held im Schatten.

Roman von Karl Pröger. (40)

Der leitende Kollege, ein erfahrener, in dreißigjähriger Übung sattelfest gewordener Zeitungsmann, nahm ihn besonders vor. Bis Ernst sich aufraffte, zehn Zeilen zu schreiben, kostete es Schieben und Stößen. Mit dem Hebelbaum mußte man ihn an den Schreibtisch winden. Aber einmal so weit, schrieb Ernst drauflos, mehr aus Mut über den Zwang denn aus Trieb zur Arbeit. Gemächlich zuschauen, sich über das lebhafteste Rühren und Regen freuen, lag Ernst besser als arbeiten, und zwar gleich und schnell arbeiten. Nichtiges Journalistenhüt hatte er doch nicht. Kollege Marxer suchte Ebbst mit dem Mann-skript, raufte die Stenogramm- und bewies Ernst, die Notiz müßte unbedingt geschrieben werden, und zwar gleich. Streifen wäre erlaubt, aber den Streifen zum Lebenszweck erheben, ginge nicht. Damit macht man keine Zeitung. Dann jette sich Ernst hin und baute eine Notiz über Gemütspreis, morgen über gefallene Pferde, alles ohne viel Lust, aber doch so gut, als die geringe Sachfreude eben zuließ.

fähste jede Stunde den Puls, stellte fest, daß er heut schneller ging als gestern, und war begierig, was morgen kam. Gestern und morgen, unbekannte Begriffe für die Zeitung, nur das Heute hat recht, nur die letzte Stunde. Was vorher war und was nachher sein wird, unnütze Arbeit, daran zu denken. Der Augenblick sagt vor und man schreibt nach.

Wie hatte er doch früher Kraft und Leben verschwendet, hatte Tage und Wochen an einem Gedanken gefast und seinen Sinn auf leblosen Kram gerichtet, dem kein Bemühen Atem geben kann. Jetzt nutzte sich jede Minute. In der Tat gab es nicht zu viel Gedanken. Sie durften nur nicht meilenweit entfernt in der Luft schweben. Im Bedürfnis, im kleinsten Wirken des Augenblicks den Sinn suchen, ihn nehmen, unbeschäftigt nehmen und nicht viel an die Hände denken, durch die sie schon gegangen sind.

Ernst hatte ausgeprägten Widerwillen gegen vorgegebene Gedanken. Sie saßen sich fettig und schmierig an wie Münzen, durch viele Gassen gerollt. Solche Gedanken zu meiden, quälte er sich ehrlieh, kann über jeden Satz und schrieb einen sorgsamem und eigenwilligen Stil. Daß er sich damit das Geschäft erschwerte, war ihm bewußt; er fühlte sich aber verpflichtet, auch aus der kleinsten Notiz die Klar zu reden.

Bewegtes, starkes, im gegenwärtigen Leben wurzelndes Wirken, wie eine Zeitung, war gute, fräftige Eisenkur für die sehr blasse, blutarme Denkart Ernst Löhners. Denken und Schreiben lernte er als viel schaffende Kraft werten, und sein Haß gegen den Geist beschränkte sich ganz auf jenen Geist, der hochtrabend und eingebildet das Leben verdrängt, um seine lahle Majestät auf den Thron zu heben. Diesen Haß gegen den Blendgeist, der alles Licht von der Wirklichkeit empfängt, um es gegen die Wirklichkeit zu wenden

kräftigte vorzüglich die fortschreitende Erkenntnis Ernst Löhners von der Macht des Stoffes. Welt-gestaltende Kräfte offenbarten sich, die er vorher blind übersehen hatte, obgleich sie in seinem Leben hart und erdrückend warteten. Er fand den Sockel seiner sozialistischen Ueberzeugung und baute darauf seine Anschauung von Gesellschaft und Persönlichkeit. Was er einst für unabwendbares Schicksal hielt, die Vergewaltigung des einzelnen durch die Gesamtheit, zeigte sich jetzt als Ausfluß einer von Menschen gemachten und von bestimmten Bänden gehaltenen Ordnung, die zu überwinden große, heilige Pflicht aller ist, die unter dieser Ordnung leiden. Gott bekam Ruhe von seinen Angriffen. Ihn zu betriegen, erschien Ernst jetzt genau so unwahrscheinlich, wie die Sonne an ihren Strahlen zu fassen und auf die Erde zu ziehen. Nicht Gotteskampf, Klassenkampf war die Lösung geworden, Kampf für das Recht auf Licht und Luft jener Millionen, die aus dem Schatten kommen, durch Schatten gehen und im Schatten enden, seit Jahrhunderten schon... ein endloser, unabschbarer Zug von Geschlechtern, vom Vater zum Sohn gefolgt, ausgekostet, um Schönheit und Glanz betrogen...

Ernst riß die Augen auf und zwang sich, das Blend, die Verkommenheit, die Stumpfheit zu sehen. Wo waren seine Gedanken vorher gewesen, wo seine Augen? In leerer Luft hatten sie geforscht. Eine Windmaschine war sein Gehirn bisher, eitel bemüht, ihm selbst den ständigen Dunst ringsherum zu zerteilen. Nicht auf ihm allein lag der Druck, Millionen stöhnten unter gleicher Bürde und schauten nach Zeichen aus, die Sturm lindern, Sturm und Wetter, die verbrauchte Luft zu reinigen. Er war Luftspiegelungen nachgegangen, hatte in Gedanken Paradiese gebaut und darüber verlesen, daß die nächste Welt ein Stück Hölle, ein Teil der Qual und Verdammnis ist...

Zu allen Teufeln mit dem Geist, der nichtsamtig sein eigenes Gesicht bewundert wie ein Affe im Spiegel!... Nur ein Geist darf leben, der Geist im Dienst eines neuen Reiches, des Weltreiches der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit.

Mächtig blies dieser Geist die Flammen. Ernst schlenderte sein heißes Gefühl gegen die besiehende Ordnung. Ein Brand, angehaust mit gefährlichen Stoffen, trieb sich Ernst auf den hochgehenden Bogen des Tages. Er schrieb festig glühende Glossen gegen die faule Gesellschaft, zündete alte Beräuden und Ästen an, wo er auf solche stieß, redete sich in helle Mut, wenn er auf den Zustand der bürgerlichen Welt und auf seine Ueberwindung kam. Alle Grundlagen dieser Welt nannte er morsch und brüchig, nur da, die glänzende Außenseite krampfhaft zu erhalten, um den inneren Bruch zu verhehlen.

Das hohe, prächtige Haus eines sehr reichen Mannes lag an feinem täglichen Weg. Rassist und wuchtig die Mäße, reichgeschmückte Flächen, trugen den Palast zwei Karpatiden. Auf den schwer geneigten Schultern ruhten die Pfeiler, die Arme waren wie abwehrend gegen die Last gestemmt; qualvoller Schmerz verzerrte die Stein-gesichter. Ernst ging in Begleitung eines Bekannten vorbei. Finster schaute er auf den Bau. „Ist das nicht großartig?... Der reinste Aufbaumunterricht, wie in der Welt heute alles verteilt ist... An dem Probenbau sollte man alle Proleten der Stadt verammeln, und an Hand dieser wahrhaft prächtigen Vorlage erklären, was notwendig ist...“

„Sie meinen, den Leuten zeigen, wie gut und schön die reichen Leute wohnen, und wieviel Platz es in ihren Zimmern gibt?...“

(Fortsetzung folgt.)

man, nachdem das Eis geschmolzen und der Druck nachgelassen hat, müsse sich diese wieder heben. Das ist nun tatsächlich der Fall. Im Mesozoikum angebrachte Marken heben sich in relativ wenigen Jahren hoch hinauf. Auch typische Küstentränder sind heute hoch oben in den Bergen.

Zum Schluß gab es noch einige Bilder, die zeigten, daß die letzte sogenannte „große“ Eiszeit nicht die einzige war, die unser Planet mitgemacht hat, sondern daß schon Jahrmillionen früher in ganz anderen geologischen Epochen große Eiszeiten geherrscht haben müssen.

Über die Ursachen dieser klimatischen Änderungen, die keine so tiefgreifenden Gründe voraussetzen wie man glauben könnte, sondern vielleicht nur Änderungen der Durchschnittstemperatur von drei bis vier Grad, sprach Prof. Bend die Vermutung aus, daß die Erde auf ihrer Reise durch den Weltraum in kältere oder wärmere Gebiete kommen könne.

Der Vortrag war sehr gut besucht, der Saal sehr voll und für einen Lichtbildervortrag absolut nicht eingerichtet. Außerdem war bereits in den mittleren Reihen nichts mehr zu hören. Könnte die „Urania“ bei Veranstaltung von so prominenten Vorträgen nicht einen passenderen Saal gewinnen? O. D.

Von Wilhelm Fölcke erhalten wir eine Zuschrift, in welcher er feststellen wünscht, daß der Menschenaffe nicht ein zahloses Affen zurücksieht, sondern vermutlich auf den kaiserlichen Propyläen in Athen, der ein stark menschenähnliches Gebiß besaß.

Kunst und Wissen.

Paul Morgan, der sich gestern in der Kleinen Bühne dem Prager Publikum vorstellte, hat wohl im Zwischenakt in einer Ansprache betont, daß er der Schauspieler einer Zeit sei, in der die Menschen nach dem Tages-Nutzen seichte Zerstreuung suchen, durch sein Spiel jedoch immerhin dieser seichten Zerstreuungsliteratur einen Hauch des Künstlerischen geben. Die Darstellung des nervösen Menschen der Gegenwart in dem ersten der drei Einakter „Der unsichtbare Mensch“ war meisterhaft, die des leidenden Telefonabonnenten in einem vom Künstler selbst verfassten Schwanke zumindest amüsan und die des armen Kommissar Meyer, der sich für einen Gelber ausgibt, ohne es zu sein, nur um vom Herrn Chef zu Abend geladen zu werden, grotesk. In den reichen Beifall, der Morgan zuteil wurde, konnten sich mit dem Künstler insbesondere Frau Redeklich und Herr Kühne mit Recht teilen.

Neues Theater. Heute, Samstag, 6 Uhr, Gastspiel Clewing „Lohengrin“; morgen, Sonntag, halb 3 Uhr „Der Wildschütz“, 7 Uhr abends „Eberlaub“; Montag „Die Erwachenden“; Dienstag Premiere „Kolja, die Tänzerin“.

Kleine Bühne. Heute, Samstag „Die kleine Sänderin“; Sonntag, halb 3 Uhr, das Bronnen-Drama „Satermord“, halb 8 Uhr, Gastspiel Paul Morgan Einakter-Abend; Montag, Gastspiel Eisenberg, Kammeroper „Kosi Jan tute“.

Als nächste Schauspielerpremierer gehen in Szene: Das neue Lustspiel „Das blaue Wunder“ von Paul Wertheimer (Regie Max Lieb) und das Drama „Trommeln in der Nacht“ von Berthold Brecht (Regie Hans Demetz).

Ensemble-Gastspiel Naimundtheater Wien — Gastspiel Pallenberg. Die Reihenfolge der Ensemble-Gastspiel-Abende des Wiener Naimundtheaters mit Max Pallenberg an der Spitze wurde nunmehr wie folgt endgültig festgesetzt: Mittwoch, den 18. und Donnerstag, den 19. wird das neue Lustspiel „Der Unbesiegbare“ von Hugo Hofmannsthal mit Max Pallenberg a. G. gegeben, Freitag, den 20. geht die neue amüsante Chelomödie „Dardanelle“ (Der Betrogene) von Mazaud-Polgor und anschließend der Courteline-Einakter „Mimenstücke“ mit Max Pallenberg in den tragenden Hauptrollen in Szene. Kartenverkauf ab heute.

Der Film.

Das Sandfouci. Das neue Programm beginnt mit einem Pathé-Journal, das beinahe langweiliger ist als die Italia-Neuflame. Dann bringt ein amerikanisches Lustspiel, das weder schlecht noch gut anfällt, etwas Stimmung auf die Leinwand. Der Hauptfilm des Programms „Das Spiel der Königin“ hätte es nicht nötig, daß vorher Interesse für ihn gepostet wird. Er ist seiner guten Wirkung sicher. Der Film „Ein Glas Wasser“ mußte unter der Obhut eines guten Film-dramaturgen und geschickter Regisseure ein gediegenes Lichtspiel werden. Das Werden dreier Frauen um einen unbedeutenden kleinen Fähnrich, ein Spiel, in dem wie in allen braven Geschichten die Intrigant-in verliert, die höfischste, weiche Frau resigniert und die listige, übermüthige Raive gewinnt, würde auch ohne die Verquickung mit einer hohen Staats-affäre einen dankbaren Vorwurf bilden. Das Melieu ist gut erfährt worden, das tadelnde Hofleben des frühen englischen Hofes, jenes Lebensstiles, der im Lande der Magna Charta keinen aufnahmewilligen Boden fand und daher immer mit etwas Puritanismus und Verbitterung gepaart blieb, gibt der bunten Handlung einen stimmungsvollen Rahmen. Fast vergessen wir darüber, daß es große historische Ereignisse sind, die ihre Schatten in das Intrigen-spiel der Lady Marlborough werfen und daß den Utrechter Frieden doch tiefere Ursachen heraufführten als „ein Glas Wasser“. Von den Darstellern will ich Lady Christians nennen, die der Maske der letzten Stuart ihre Schönheit und dem Dramaturgen ein reifes Können leiht. —el.

Aus der Partei.

Bezirkskonferenz Grulich. Am vergangenen Sonntag fand in Grulich eine von 38 Delegierten besuchte Bezirkskonferenz statt. Aus dem Tätigkeitsbericht ist zu entnehmen, daß seit der letzten Konferenz zwei Lokalorganisationen neu gegründet und eine Anzahl neuer Genossen gewonnen wurde. Durch die Errichtung des Sekretariates wurde besonders viel für die Arbeit geleistet. Die Konferenz lehnte dann in Weitererledigung der Tagesordnung prinzipiell ein Zusammenarbeiten mit den Kommunisten und Christlichsozialen in den Arbeitslokalitäten ab. Die Maßfeier findet einheitslich für den ganzen Bezirk Grulich um 9 Uhr vormittags mit einem Demonstrationsszuge und einer Versammlung in der Schießstätte statt. Genosse Uhrner sprach dann über die politische Situation und die Organisation und skizzierte das Verhalten der Partei in der letzten Zeit und machte auf die heuer stattfindenden Gemeindevahlen aufmerksam. In die Parteiregative wurde Genosse Ruppert entsandt.

Bezirkskonferenz Pechau. Auf der am letzten Sonntag in Pechau stattgefundenen Bezirkskonferenz waren 17 Lokalorganisationen durch 30 Delegierte vertreten. Nach Annahme des Tätigkeitsberichtes sprach Genosse Rohm über „Organisationsfragen“, Genosse De Witte-Karl über „Bekämpfung des Merkantilismus“ und Genosse Zöckler über „Das Landproletariat und seine wirtschaftlichen Interessen“. Beim Programmpunkt „Maßfeier“ wurden die Beschlüsse der Kreisvertretung angenommen. Nach Annahme weiterer Anträge wurde Genosse Rohm-Pechau zum Bezirksvertrauensmann gewählt.

Bezirkskonferenzen. Sonntag, den 15. April finden folgende Bezirkskonferenzen statt: Karlsbad: Nachmittags 2 Uhr, im Hotel „Wachtmeister“ in Fischern. Ref.: Gen. Löw und Gen. Sacher. — Graslitz: Vormittags 9 Uhr, in Richard-Paul-Gasthaus. Ref.: Abg. Gen. Esm. Hillebrand.

Reudek: Vormittags 9 Uhr, im Gasthof „Goldene Sonne“. Ref.: Gen. Wondrat-Karlsbad. — Platten: Nachmittags 3 Uhr, für den Bezirksbezirk Platten. (Ref.: Gen. Wondrat-Karlsbad. — Schönland: Nachmittags 3 Uhr, in Hofmeißel-Gasthaus. Ref.: Gen. Lorenz-Reudek.

Bezirkskonferenz Plan. Sonntag, den 8. d. M. fand hier eine außerordentlich gut besuchte Bezirkskonferenz statt. In Vertretung des Kreises Mies war Senator Genosse Stark anwesend. Die Konferenz beschäftigte sich eingehend mit der aus der Arbeitslosigkeit ergebenden wirtschaftlichen Notlage der Arbeiter und suchte nach Wegen, um dieses furchtbare Elend zu mildern. Senator Genosse Stark wurde beauftragt, beim Parteivorstand dahingehend zu intervenieren, daß alle Veranlassungen getroffen werden, um die schon längst gemachten Eingaben in Angelegenheit des Straßenbaues, der Bau- und Wohnungsgenossenschaft, des Krankenhausbauens und der Verlängerung der Arbeitslosenunterstützung einer ehesten Erledigung zuzuführen. In einer oft sehr erregten Debatte kam zum Ausdruck, daß die Vertrauensmänner unserer Partei bei der politischen Bezirksverwaltung in Plan einen Empfang und eine Behandlung erfahren, wie sie im alten Oesterreich, wo man in dieser Beziehung sehr viel gewohnt war, nicht vorkam. Einzelheiten dieser Vorkommnisse werden der entsprechenden Stelle zur Behandlung übergeben werden. Einen breiten Raum der Verhandlungen nahm auch die Frage der Förderung der Arbeiterpresse in Anspruch. Die Beschlüsse der Reichskonferenz wurden zur Kenntnis gebracht. Die Maßfeier wird im Zeichen der Arbeitslosigkeit und wirtschaftlichen Notlage in ernster, einfacher Weise ohne Musik, ohne Konzert und ohne Tanz durchgeführt.

Bereinsnachrichten.

Urania.

Heute, 6 Uhr: Dostojewskis „Idiot“, Vortrag Frig. Baum. Karten 6 K.

Heute, 8 Uhr: Konzert des Deutschen Männergesangsvereins Smetana gemeinsam veranstaltet mit dem Damenchor der deutschen Lehrerinnen-Bildungsanstalt. Das Programm bringt Werke, die in Prag zum ersten Male aufgeführt werden: Peter Cornelius „Trauerchor“, List „Chor der Engel“ aus Goethes „Faust“, Brahms „Männerchor“. Karten Urania-Kartei.

„Vernunftberatung und Eignungsprüfung“ mit Lichtbildern und Experimenten. R. Schulze und Paul Schläger vom Institut für exper. Pädagogik-Beipzig. 2 Vorträge. (Sonntag, den 15. und 22. d., 9 Uhr vormittags.) Eltern und Lehrer und Arbeitgeber jeder Art werden auf diese Veranstaltungen besonders aufmerksam gemacht. 1. Vortrag: Prüfung der Farbenempfindlichkeit, des Gedächtnisses, der Willenskraft (mit der 10.000stel Sekunden-Uhr); 2. Vortrag: Intelligenzprüfungen, Messung geistiger und körperlicher Arbeit mit Experimenten an den Zuhörern. Karten 6, Mitglieder 5 K.

„Ein Jahr auf Spitzbergen.“ (Das nördlichste Bergwerk der Welt.) Dr. Artur Wagner-Wien. Großer Lichtbildervortrag, Sonntag, halb 5 Uhr. Der Vortragende erzählt eigene Erlebnisse aus jenem fernem, unbekanntem Lande, wo das Dasein nur ein steter Kampf mit einer gewaltigen, feindlichen Natur ist. Karten 5 K, Mitglieder 4 K.

Reichsausschuß des Touristenvereines „Die Naturfreunde“ mit dem Sipe in Aussig. Der oben genannte Verein gibt seinen gedruckten Jahressbericht heraus, aus welchem wir folgende interessante Ziffern entnehmen: Im Jahre 1919

gegründet, ist er der einzige deutsche Touristenklub der Arbeiterschaft im Gebiet der Republik und zählt gegenwärtig 46 Ortsgruppen mit insgesamt 5391 Mitgliedern. Das Vereinsgebiet ist in fünf Gauen geteilt, der stärkste davon ist Nordwestböhmen mit 20 Ortsgruppen und 2391 Mitgliedern, ihm folgt Nordböhmen mit elf Ortsgruppen und 1303 Mitgliedern, Mähren und Schlesien mit sieben Ortsgruppen und 780 Mitgliedern, Westböhmen mit fünf Ortsgruppen und 330 Mitgliedern, endlich die Slowakei mit drei Ortsgruppen und 484 Mitgliedern. Ende Dezember 1921 betrug der Mitgliederstand nur 3508 in 38 Ortsgruppen; gewiß ein ganz respektables Anwachsen, wenn man in Betracht zieht, mit wie wenig Mitteln die Arbeit geleistet werden mußte. Vornehmste Pflicht des Vereines ist es, der Arbeiterschaft die Natur Schönheiten zu vermitteln, die Verbreitung naturwissenschaftlicher Kenntnisse und solcher aus dem Volksleben und den Volkstitten, Pflege von Heimat-schutz und Naturschutz usw. Zur Verfügung stehen eine zweimonatlich erscheinende illustrierte Vereinszeitschrift „Der Naturfreund“ und in den Gauen Nordwest- und Nordböhmen außerdem je ein Gaublatt für die internen Vorgänge. Im Berichtsjahr 1922 wurden insgesamt 1306 Ganz-, Halb- und Nachtagspartien mit insgesamt 18.989 Teilnehmern veranstaltet, außerdem einige größere und kleinere Vereinsreisen. Der Verein besitzt eine reichhaltige Bibliothek, ferner hat er Touristen-Unterkünfte im Erzgebirge und bei Rumburg gepachtet, im Eigentum befindet sich eine solche in Raschau in der Slowakei. Es wäre wünschenswert, wenn sich auch jene Teile der Arbeiterschaft, die bisher dem Verein indifferent gegenüberstanden, mit den Zwecken desselben befaßten, und an die Gründung von Ortsgruppen gehen würden. Es gibt noch ganze Landesteile, wie beispielsweise Ost- und Südböhmen, wo bisher noch keine Ortsgruppe besteht und in den übrigen Teilen des Landes könnten dieselben noch stark vermehrt werden. Unser Standpunkt ist, daß dort, wo ein Turn-, ein Gesangs- oder Radfahrverein besteht, auch Platz sein muß für den Arbeiter-Touristenverein. Wieviele Arbeiter gibt es schon, die Sonntag für Sonntag hinausgehen in die freie Natur — bei diesen werden wir bald Anfall finden — aber noch viel größere Teile befinden sich in der Arbeiterschaft, die Sonntag für Sonntag in den Wirtschaften bei Karnten und sonstigen Spielen zubringen, die sich dabei selbstverständlich nicht erholen, sondern ihrer Gesundheit, die im schweren Daseinskampf den allerstärksten Belastungsproben ausgesetzt ist, nur schaden. Darum Genossen und Genossinnen, gründet in allen Orten, wo dies bisher noch nicht geschehen ist, Ortsgruppen des Touristenvereines „Die Naturfreunde“ und fördert so mit die große Sache der Befreiung der Arbeiterschaft aus dem Zwang des Kapitalismus, macht sie empfänglich für all das Schöne, was uns umgibt und ihr werdet so euch und eueren Nachkommen große Dienste leisten. Genossen, die sich mit der Gründung von Ortsgruppen befaßen, mögen sich an den Genossen Theodor Dietl, Aussig a. G., aLugegasse Nr. 42, wenden, der alle näheren Auskünfte bereitwillig erteilt.

Turnen und Sport.

Prager Wettspiele. Heute: Meisterschaft 1. Kl.: Slavoj VIII gegen Slavia auf dem Slaviaplatz. — Sonntag: Meisterschaft: Meteor VIII gegen Union Zizkow, DSV. Tropapu gegen DSK. Freundschaftsspiel: 1. FC. Nürnberg gegen AC. Sparta.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Für den Druck verantwortlich: C. Solik.

Verlangen Sie ausschließlich ELIDA BADESEIFE 100g - 150g - 200g und Miniaturstücke

CORONA Neues Modell Walzenlänge 25 cm amer. Maschine für Jederman K 1980. Gibian & Co., Prag II., Lucerna. Tel. 9225.

Kuh & Kretsch 1476 Likörfabrik Teplitz-Schönau.

MALLA'S Brauheringe Fischkonserven, Bäcklinge.

zu beziehen durch die Großverkaufsgesellschaft für Konsumgüter eine in PRAG II., Páge:ovo nám. 4. 1278

STEMPEL F. CHMEL Prag II., Nekazanka 18. Kompanons für eine Schwarenfabrik suchen wir exper. Teilhaber mit Kapital. Angebots an F. Chmel, Prag VII., Pátídi 19. 1557

Die Volksbuchhandlung Ernst Sattler, Karlsbad unterhält ein reichhaltiges Lager jeder Art Literatur. Alle nicht lagernden oder wo immer angeforderten Bücher und Zeitschriften werden raschest geliefert.

Stadt- und Dorfgemeinde fordern die Beantwortung einer Umfrage von Bernau-Buchhandlung. Road's Taschenbuch für Kommunalpolitiker bietet sich Ihnen auf diesem Gebiete als Führer an. Beziehen Sie noch heute durch Postkarte bei der Buchhandlung Freiheit Teplitz-Schönau Theresienstraße 18.

Berson ist und bleibt stets die Qualitätsmarke Verlangen Sie von Ihrem Schuhmacher das Anbringen von Berson Gummi-Absätzen und Gummi-Sohlen Berson schon die Schuhe, ist billiger und dauerhafter als Leder. BANK FÜR BRAUINDUSTRIE, PRAG II., Havlíčková 25. Filialen: Bránn, Schüttenhofen, Tyrnau (Slowakei). Offizielle Bankgründung der Brauindustrie-Organisationen des tschechoslowakischen Staates. 807